



Wirtschaftspolitische Informationen

M+E-Tarifrunde 2024

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

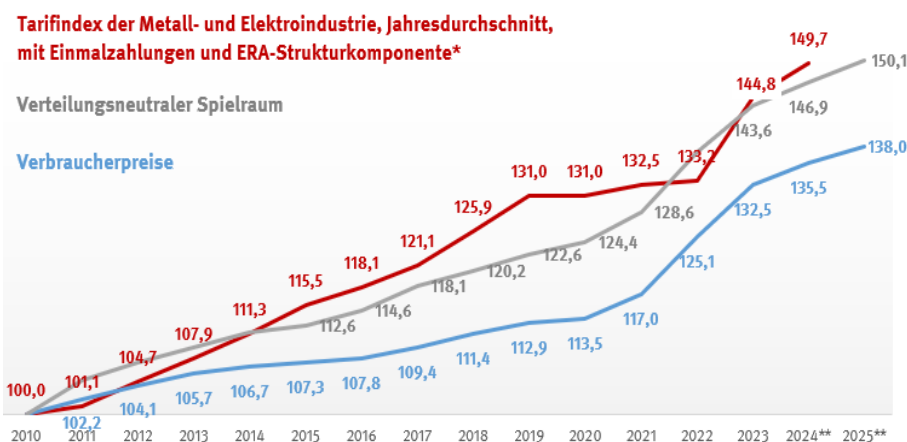
Im ersten Quartal 2024 schrumpfte das reale BIP in Deutschland um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Damit setzt sich faktisch die seit dem Jahreswechsel 2021/22 anhaltende Stagnation fort. Für 2025 erwarten jedoch alle Prognosen eine Belebung mit einem Wachstum bis zu 1,5 Prozent. In der M+E-Industrie fällt die Bilanz des ersten Quartals 2024 noch schwächer aus: Der Umsatz (minus 6,4 Prozent), die Produktion (minus 9,4 Prozent) und die Produktivität (minus 6,4 Prozent) sanken gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Dreh- und Angelpunkt der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ist der private Konsum. Die negativen Wachstumsbeiträge des privaten Konsums im letzten Jahr waren der wichtigste Faktor für die leichte Rezession. Und die erwarteten positiven Wachstumsbeiträge sind der Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung im nächsten Jahr. Für einen zunehmenden privaten Konsum braucht es mindestens eine stabile Beschäftigung und steigende Realeinkommen.

Die Tarifrunde findet im Spannungsfeld zwischen notwendiger Kaufkraftsicherung und schwierigem wirtschaftlichen Umfeld statt. In den vergangenen Jahren haben die M+E-Tarifverträge, trotz einer stagnierenden Tarifenwicklung in den Krisenjahren, zu einer Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen.

Verteilungsneutraler Spielraum, Verbraucherpreise und Tarifindex der M+E-Industrie*

Index 2010 = 100



*IGM, FB Tarifpolitik, ** Frühjahrgutachten

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen, 27.03.2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Kurz & bündig

Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft wird von den multiplen Krisen gebremst und wächst in diesem und im nächsten Jahr verhalten um 3,2 Prozent.

Seit Anfang 2022 stagniert die deutsche Ökonomie. Die Wirtschaftsleistung liegt etwa auf dem Vorkrisenniveau von Ende 2019. Für 2025 rechnen alle Institute mit einer vor allem vom privaten Konsum getragenen Erholung mit einem Wachstum von bis zu 1,5 Prozent.

Metall- und Elektroindustrie

Die Lage in der M+E-Industrie ist schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Seit dem ersten Quartal 2023 schrumpft die Produktion und lag im ersten Quartal 2024 um 7,1 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Auch die Bestellungen befinden sich im Abwärtstrend. Um 3,4 Prozent sank der Auftragseingang im ersten Quartal 2024 gegenüber dem Vorquartal.

Verteilung

Die Inflationsrate hat sich deutlich abgeschwächt. Die Verbraucherpreise stiegen im März und April noch um 2,2 Prozent. Keinen klaren Trend gibt es bei der Produktivitätsentwicklung: Die Prognosen für dieses Jahr liegen zwischen minus 0,7 bis plus 0,8 Prozent. Für 2025 wird eine Zunahme von im Mittel etwa plus 0,8 Prozent erwartet.

Autoren:

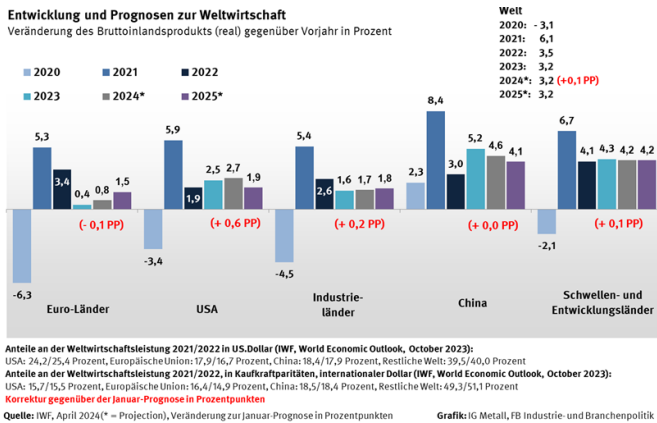
Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt



1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Weltwirtschaft mit verhaltenem Wachstum

Die Weltwirtschaft hat in den vergangenen Jahren heftige Erschütterungen erlebt. Die Corona-Pandemie lähmte die wirtschaftlichen Aktivitäten und unterbrach die Lieferketten. Die geopolitischen Spannungen, vor allem zwischen den USA und China, nahmen beständig zu. Die ökologische Krise zeigt immer deutlicher ihre Folgen. Russland griff die Ukraine an und massive Sanktionen führten zu einer Störung der Energieversorgung. Sie stockte und die Energiepreise explodierten. Als direkte Folge erhöhten sich die Inflationsraten. Viele Notenbanken reagierten darauf mit Zinserhöhungen. Zuletzt eskalierte die Lage im Nahen Osten. All diese Herausforderung hat die globale Ökonomie noch erstaunlich gut verkräftet. Nur im Corona-Jahr 2020 rutschte die Welt in eine Rezession mit einer um minus 3,1 Prozent schrumpfenden Wirtschaftsleistung. Ganz spurlos gingen die Ereignisse aber nicht vorüber. **Das Wachstum wurde in den letzten Jahren von den multiplen Krisen gebremst und betrug etwas über drei Prozent. Nach der Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird das auch im Jahr 2024 und 2025 so bleiben.**



In den einzelnen Weltregionen verlief die Entwicklung aber sehr unterschiedlich. **Unter den klassischen Industrienationen erlebte vor allem die USA einen regelrechten Boom – von Krise keine Spur.** Bereits im letzten Jahr wuchs das BIP in den USA real um 2,5 Prozent, in diesem Jahr sollen es nach der Prognose des IWF sogar 2,7 Prozent werden. Das ist auch das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Schon in der Pandemie wurden besonders umfangreiche Hilfen – einschließlich Konsumchecks für private Haushalte – ausgegeben. Danach gab es umfangreiche struktur- und industriepolitische Programme wie den ‘Chips Act’ und den ‘Inflation Reduction Act’. Es gab immer wieder Diskussionen, dass die enormen öffentlichen Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft die Konjunktur überhitzen müsste. Bis heute hat es aber spürbare Wachstumseffekte gegeben. Der wirtschaftlichen Entwicklung ist aber auch zugutegekommen, dass die USA nicht von teuren Energieimporten abhängig sind.

Auch die deutsche Wirtschaft hat von der positiven Entwicklung in den USA profitiert. 2023 exportierte Deutschland Waren im Wert von fast 160 Mrd. Euro in die USA. Damit waren sie mit Abstand das wichtigste Zielland deutscher Ausfuhren.

Die Wachstumsprognose für 2025 für die USA fällt mit 1,9 Prozent nicht mehr ganz so optimistisch aus. Ohnehin gibt es erhebliche Risikofaktoren. Politisch ist das Land durch die Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten gelähmt. Im Herbst sind Präsidentschaftswahlen. Wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik bei einer möglichen Präsidentschaft von Donald Trump aussähe, lässt sich noch nicht sagen. Kritisch wird auch die enorme Verschuldung debattiert. Die öffentlichen Programme werden vor allem über Kredite finanziert. Die Schuldenfähigkeit hängt auch vom weiteren Wachstum ab.

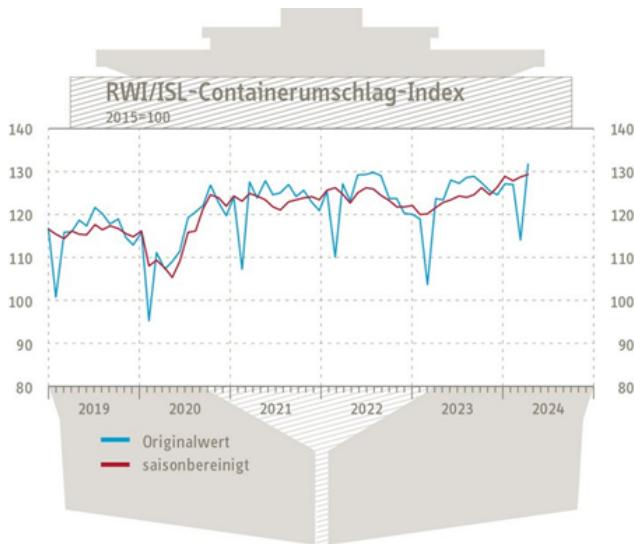
China war lange Zeit der Wachstumsmotor der Weltwirtschaft. Nach dem Auslaufen der Corona-Beschränkungen war die allgemeine Hoffnung, dass dies einen kräftigen Wachstumsschub auslösen würde. Tatsächlich fiel das Wachstum im letzten Jahr für chinesische Verhältnisse mit 5,2 Prozent gar nicht so spektakulär aus. **Nach der Prognose des IWF schwächt sich dieses Wachstum mit 4,6 Prozent in diesem und 4,1 Prozent im nächsten Jahr sogar wieder ab. China hat mit vielen Problemen zu kämpfen.** An erster Stelle steht dabei die Immobilienkrise. Sie hat zum einen die Binnennachfrage gebremst und zum anderen einen Vertrauensverlust ausgelöst. Die Industrie kämpft mit Überkapazitäten. Ein groß angelegtes Konjunkturprogramm, wie in früheren Zeiten, hat es nicht gegeben. Für deutsche Exporteure war China zuletzt ein schwieriges Pflaster. Die Güterexporte betragen 2023 97 Milliarden Euro, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um neun Prozent. Damit lag China bei den Zielländern deutscher Exporte noch an vierter Stelle. Die Ursachen für den Rückgang sind vielfältig: die schwache Binnennachfrage in China, die zunehmende Ablösung von Exporten durch die Produktion vor Ort und die – auch durch Subventionen des chinesischen Staates an die heimischen Unternehmen bedingte – sinkende Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten.

Die Schwellenländer weisen insgesamt ein größeres Wachstum auf als die Industrieländer. Der IWF schätzt es für 2024 und 2025 auf jeweils 4,2 Prozent. **Damit nimmt die ökonomische Bedeutung dieser Staatengruppe weiter zu.** Sie sind in ihrer Entwicklung aber sehr heterogen. Während auf der einen Seite Indien boomt und mit 6,8 Prozent in diesem und 6,5 Prozent im nächsten Jahr seine Wirtschaftsleistung kräftig steigert, bleibt die Wirtschaftsdynamik in Südafrika mit 0,9 Prozent 2024 und 1,2 Prozent 2025 schwach.

Die geopolitischen Spannungen haben den internationalen Gütertausch stark belastet. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Aktuell sind Einfuhrzölle der EU auf bestimmte Einfuhren aus China in der Debatte. Angesichts der chinesischen Subventionspolitik ein nachvollziehbarer und für



einige Produkte auch notwendiger Schritt. Aber er wird Gegenreaktionen aus China auslösen, die der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zuträglich sein werden. **Trotz des schwierigen Umfeldes steigt der Containerumschlag in den Welthäfen seit dem Frühjahr 2023 wieder an.** Davor war er lange geschrumpft.



Eigene Schätzungen nach Angaben für 92 Häfen; März 2024: Schnellschätzung.

Quelle: RWI

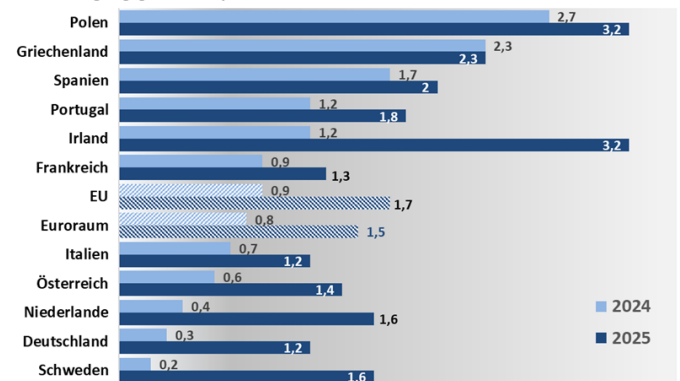
Für den gesamten Welthandel prognostiziert die Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Forschungsinstitute nach einem Rückgang um 2,0 Prozent im letzten Jahr, für 2024 eine Zunahme um 1,3 Prozent und für 2025 um 2,5 Prozent. Das bedeutet eine spürbare Belebung des internationalen Warenaustauschs. Trotzdem expandiert auch entsprechend dieser positiven Prognose der Handel weniger stark als die Wertschöpfung. Der seit einigen Jahren laufende Prozess einer De-Globalisierung setzt sich damit fort. Das ist teilweise auch gewollt, um internationale Abhängigkeiten zu verringern. Aber für eine hochgradig weltweit vernetzte Ökonomie wie die deutsche ist diese Entwicklung auch mit großen Risiken verbunden.

Im Vergleich der Weltregionen wurde Europa am stärksten von der Krise getroffen. Bezogen auf die EU und den Euroraum lag das Wachstum 2023 lediglich bei knapp einem halben Prozent. Die steigenden Energiepreise und eine große Abhängigkeit von russischem Gas haben viele europäische Länder schwer getroffen. In den Prognosen sowohl des IWF wie der Europäischen Kommission ändert sich in diesem Jahr nur wenig an der Entwicklung. **Erst für 2025 wird eine spürbare Erholung erwartet, für die gesamte EU mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,7 Prozent und etwas stärker als im Euroraum mit 1,5 Prozent.** Die Unterschiede zwischen den Ländern sind aber auch innerhalb der EU erheblich.

Polen ist dabei, die Krise schnell zu überwinden. Im letzten Jahr war das Land mit einem BIP-Plus von gerade einmal 0,1 Prozent in der Stagnation. Nach der Prognose der EU-Kommission übernimmt Polen den Spitzenplatz und wächst in diesem Jahr um 2,7 und 2025 sogar um plus 3,2 Prozent. Griechenland, Spanien und Portugal profitieren schon seit dem Ende der Corona-Maßnahmen von einem Boom im Tourismussektor und entwickeln sich überdurchschnittlich gut. **Schlusslichter in diesem Jahr sind die Niederlande, Deutschland und Schweden mit geringen Wachstumsraten.** Für 2025 erwartet die EU-Kommission aber auch für diese Länder wieder ein deutlich stärkeres Wachstum.

Das schwache wirtschaftliche Umfeld ist, im letzten und in diesem Jahr, in Europa ist auch eine Belastung für die deutsche Entwicklung. Zwar hat die Bedeutung der EU als Handelspartner relativ abgenommen, es ist aber immer noch die Wirtschaftsregion, wo die meisten deutschen Ausfuhren hingehen. **2023 gingen 38 Prozent der deutschen Warenausfuhren in den Euroraum, und 54 Prozent in die EU.** Aufgrund der geringen Dynamik sind in praktisch allen Ländern der EU die Warenexporte rückläufig gewesen. Insgesamt schrumpften sie im letzten Jahr um 3,6 Prozent.

Reales Bruttoinlandsprodukt Prognosen für 2024 und 2025 in Europa
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: EU-Kommission, Februar 2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

1.2 Deutschland in der Stagnation

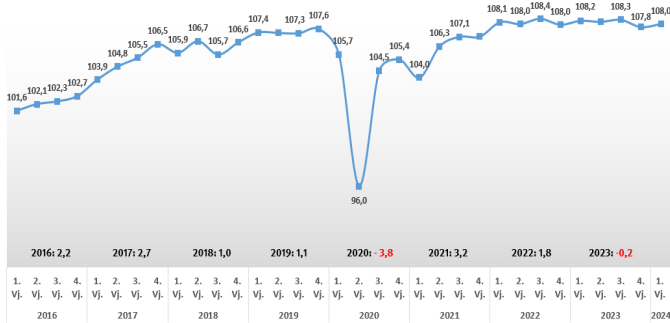
Im Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute aus dem Jahr 2022 wurde für das abgelaufene Jahr 2023 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent erwartet. Auch wenn im Frühjahr letzten Jahres dann die Prognosen optimistischer wurden, traf es die ursprüngliche Einschätzung aus dem Herbst 2022 ziemlich gut: **Im vergangenen Jahr schrumpfte das reale BIP um 0,2 Prozent, was vor allem auf die Entwicklung im vierten Quartal zurückzuführen war.** Deutschland befand sich im vergangenen Jahr in einer leichten Rezession. Um Kalendereffekte bereinigt war es allerdings mit +/- 0 nur eine Stagnation.



Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2024 ist gegenüber dem vierten Quartal 2023 um 0,2 Prozent angestiegen (preis-, saison- und kalenderbereinigt). Allerdings wurde der Wert für das Vorquartal auf minus 0,5 Prozent nach unten korrigiert. Der leichte Anstieg ist auf die Bauinvestitionen und den Export zurückzuführen. Der private Konsum schrumpfte dagegen. Im Vergleich zum Vorjahreswert (erstes Quartal 2023) ging das BIP um minus 0,2 Prozent zurück (preis- und kalenderbereinigt). **Seit Anfang 2022 verharrt die deutsche Ökonomie in einer Stagnation, mit nur geringfügigen Ausschlägen nach unten und oben. Die Wirtschaftsleistung befindet sich dabei in etwa auf dem Vorkrisenniveau.** Im ersten Quartal 2024 lag sie um 0,3 Prozentpunkte über dem vierten Quartal 2021, dem höchsten Wert vor dem Corona-Einbruch.

Bruttoinlandsprodukt

Index 2015=100, preisbereinigt, verkettet, saison- und kalenderbereinigt
Jahreswachstumsraten: Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: Destatis, Stand: 24.05.2024
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die Gründe für die schwache wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr werden schnell deutlich, wenn man auf die einzelnen Nachfragekomponenten blickt: **Der private Konsum, der Staatsverbrauch und die Bauinvestitionen gingen zurück. Alle drei Bereiche drückten die wirtschaftliche Entwicklung.** Vor allem der private Konsum belastete mit einem Wachstumsbeitrag von minus 0,4 Prozentpunkten die wirtschaftliche Dynamik. Die hohe Inflationsrate schwächte weiter die Kaufkraft, auch wenn die Reallöhne erstmals seit 2019 ein geringfügiges Plus von 0,1 Prozent verzeichneten. Die große Unsicherheit führte zudem zu einer vermehrten Ersparnisbildung. Die Sparquote (Anteil der Ersparnis am Volkseinkommen) lag im letzten Jahr bei 11,4 Prozent, 2022 waren es noch 11,1 Prozent.

Fast eben so groß wie beim privaten Konsum war mit einem negativen Wachstumsbeitrag von minus 0,3 Prozentpunkten der dämpfende Effekt des Staatsverbrauchs. Der Staatsverbrauch umfasst die nicht investiven Ausgaben der öffentlichen Hand, wie Gehälter, Sozialausgaben und Subventionen. Der Staatsverbrauch verringerte sich durch den Wegfall pandemiebedingter Maßnahmen, wie beispielsweise von Impfungen, die vom Staat finanziert wurden. Gesellschaftlich ist es natürlich positiv, wenn Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht mehr benötigt werden. Doch die dadurch

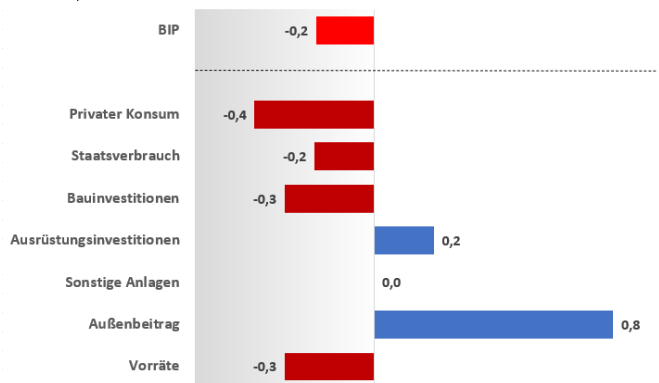
verringerten Ausgaben mindern eben auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und dämpfen so das Wachstum.

Ebenso stark wie der Staatsverbrauch drückten mit einem negativen Wachstumsbeitrag von minus 0,3 Prozentpunkten die Bauinvestitionen die Entwicklung. **Der starke Anstieg der Preise für Bauinvestitionen und die stark gestiegenen Zinsen haben die Baukonjunktur regelrecht einbrechen lassen.**

Nur der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) sorgte mit einem Wachstumsbeitrag von plus 0,6 Prozentpunkten für einen kräftigen Wachstumsimpuls. Hinter diesem Wert verbirgt sich aber kein deutscher Exportboom. Ganz im Gegenteil: Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gingen (preisbereinigt) im letzten Jahr um minus 2,2 Prozent zurück. Weil aber die Importe mit minus 3,4 Prozent noch deutlich stärker schrumpften, kam es zu einem positiven Außenbeitrag.

Einen kleinen Wachstumsimpuls erzeugten noch die Ausrüstungsinvestitionen (Investitionen in Maschinen und Anlagen) mit einem Wachstumsbeitrag von plus 0,2 Prozentpunkten. Die Ausrüstungsinvestitionen legen schon seit 2021 in jedem Jahr zu.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP im Jahr 2023
in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



Quelle: Statistisches Bundesamt, 24.05.2024
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Betrachtet man das BIP nicht von der Nachfrage und damit von der Verwendungsseite, sondern von der Entstehungsseite, verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen völlig unterschiedlich. **Besonders schwierig war die Situation im Produzierenden Gewerbe, wo die reale Bruttowertschöpfung im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent schrumpfte. Im Verarbeitenden Gewerbe war es noch ein Minus von 0,3 Prozent.** Auch die Entwicklung im Bereich Finanz- und Versicherungsleistungen war mit einem Minus von 0,4 Prozent negativ. Auf der anderen Seite des Spektrums legte die reale Wertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation sogar um 2,6 Prozent zu. Bei Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gab es einen Anstieg um 1,4 Prozent, im Grundstücks- und Wohnungswesen immerhin noch um 1,1 Prozent. Insgesamt entwickelten sich die Dienstleistungsbereiche deutlich besser als die Industrie.



Die insgesamt schwache Konsumneigung zeigt sich nicht nur in den gesamtwirtschaftlichen Daten des Statistischen Bundesamtes. Auch die regelmäßigen GfK-Befragungen zeigen diesen Trend sehr deutlich. In der Corona-Krise im Frühjahr 2020 ging der Konsumklimaindex kräftig zurück. Danach erholte er sich zunächst und stürzte dann regelrecht ab. Seinen Tiefpunkt erreichte er im Herbst 2022. Seitdem steigt er langsam, aber relativ kontinuierlich wieder an. **Der aktuelle Prognosewert für Mai 2024 ist aber mit minus 24,2 noch weit im negativen Bereich, d.h. die negativen Erwartungen überwiegen.** Die Verbesserung in den letzten Monaten ist dabei auf gestiegene Einkommenserwartungen zurückzuführen.

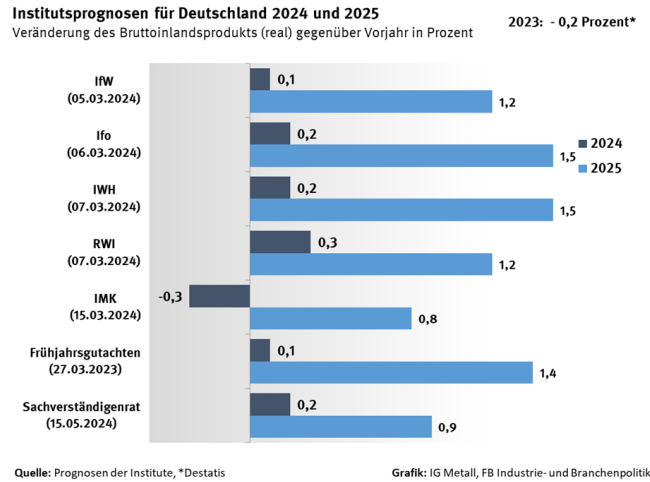


1.3 Prognosen zeigen Aufwärtsentwicklung

Seitdem sich die deutsche Wirtschaft in einer Stagnation befindet, wurde in den Prognosen immer wieder von einer raschen Überwindung der Wachstumsschwäche ausgegangen. In den Herbstprognosen 2022 wurde für 2023 ein Aufschwung prognostiziert. In der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute wurde damals ein Wachstum von 1,4 Prozent erwartet. Es kam anders. Das Land befand sich in der Rezession. In den Frühjahrsprognosen 2023 wurde die Belebung dann allgemein für 2024 erwartet, die Gemeinschaftsdiagnose sah eine BIP-Zunahme von 1,5 Prozent. Doch die Stagnationsperiode erwies sich als zäher als von den verschiedenen Instituten eingeschätzt.

Nach den aktuellen Frühjahrsprognosen stagniert die deutsche Ökonomie weiter, die Werte für 2024 wurden gegenüber den Herbstprognosen sogar noch einmal gesenkt. Derzeit streuen die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 2024 zwischen minus 0,3 bis plus 0,3 Prozent. Im Frühjahrgutachten einigten sich die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf ein mageres Plus von 0,1 Prozent. Die Wachstumsschwäche geht – wie schon 2023 – vor allem auf die Industrie zurück: Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (minus 1,5 Prozent) und im Baugewerbe (minus 3,0 Prozent) soll 2024 deutlich zurückgehen.

Die Erholung verschiebt sich weiter in die Zukunft. Inzwischen wird die Rückkehr auf den Wachstumspfad für das Jahr 2025 erwartet. Auch diesmal sind sich alle Institute weitgehend einig. Die Spannweite der Prognosen reicht von plus 0,8 Prozent (IMK) bis zu 1,5 Prozent (ifo, IWH).

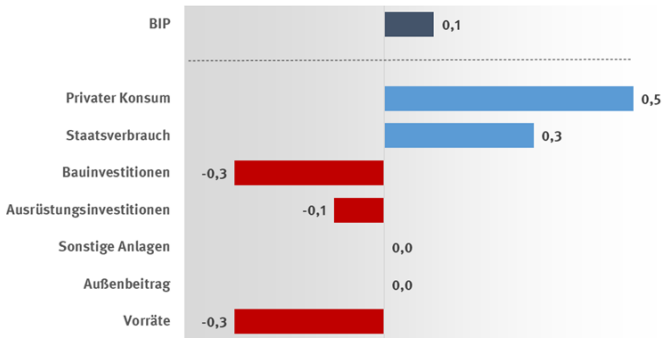


Was sind die Bedingungen dafür, dass es tatsächlich zu dieser positiven Entwicklung kommt? **Dreh- und Angelpunkt für die konjunkturelle Erholung ist der private Konsum. Der schwache private Konsum war die wichtigste Ursache für das ausbleibende Wachstum in den letzten Jahren. Und ohne eine Zunahme des privaten Konsums wird es keine Überwindung der Stagnation geben.** Schon in diesem Jahr soll nach der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute vom privaten Konsum wieder ein positiver Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten ausgehen. Dahinter steckt die Hoffnung, dass mit deutlich steigenden Löhnen und sich abschwächender Inflation die Realeinkommen kräftig zulegen. Auch der Staatsverbrauch soll nach der Prognose mit einem Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten wieder die Wirtschaft stimulieren.

Eine weitere Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft ist eine Zinswende der EZB. Es ist mindestens fraglich, wie groß der Beitrag der steigenden Leitzinsen auf die Eindämmung der Preissteigerungen waren, die vor allem durch steigende Preise bei den Energieimporten getrieben wurden. Die hohen Zinsen belasteten jedoch auf jeden Fall die Nachfrage und gefährdeten die konjunkturelle Erholung. Bei einer wieder sinkenden Inflationsrate ist eine Zinswende überfällig. Die Institute gehen in ihrer Prognose davon aus, dass die restriktive Geldpolitik ab der Jahresmitte 2024 schrittweise zurückgeführt wird. Für eine schnelle wirtschaftliche Belebung in diesem Jahr ist das zu spät. Die weiter schrumpfenden Bauinvestitionen – wobei vor allem die Investitionen in Wohnbauten zurückgehen – und die Vorratsveränderungen verhindern noch eine bessere Gesamtentwicklung. Auch die Investitionen der Unternehmen werden durch die hohen Zinsen noch gebremst.



Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2024
in Prozentpunkten des BIP

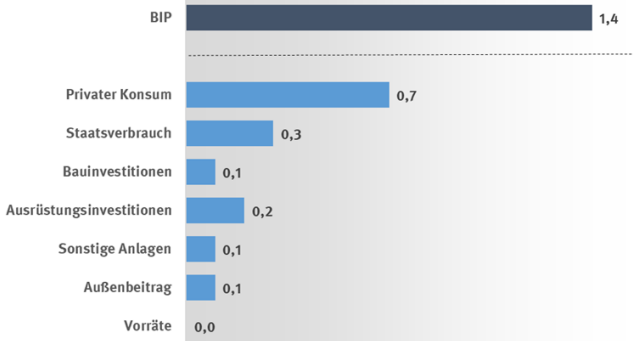


Quelle: Frühjahrsgutachten, 27.03.2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Für 2025 werden für alle Bereiche positive Wachstumsbeiträge erwartet. Damit wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum von erwarteten 1,4 Prozent erreicht. Der private Konsum bleibt mit plus 0,7 Prozentpunkten der wichtigste Wachstumstreiber. **Damit diese Prognosen eintreffen, müssen die Löhne aber auch tatsächlich entsprechend steigen! Das ist auch die Aufgabe der Gewerkschaften in den Tarifrunden.** Höhere Löhne kommen nicht von selbst. Damit kommt der Tarifpolitik auch eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung zu.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2025
in Prozentpunkten des BIP



Quelle: Frühjahrsgutachten, 27.03.2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

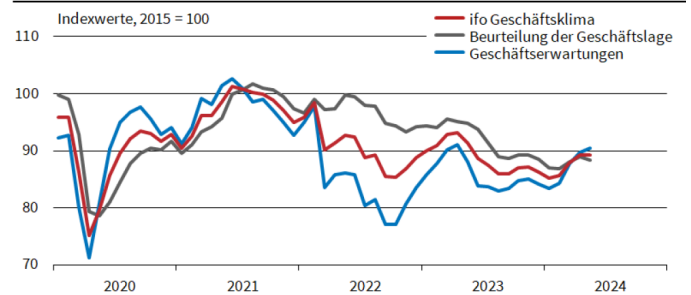
Für eine sich allmählich bessernde wirtschaftliche Situation sprechen auch die Stimmungsindikatoren. **Die Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland hat sich im Frühjahr verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex war bis April drei mal in Folge angestiegen.** Im Mai stagnierte er auf diesem Wert.

Seit Mitte 2021 waren vor allem die Erwartungen für die nächsten sechs Monate in den ifo-Befragungen kräftig abgestürzt. Die Stimmung war immer noch deutlich schlechter als die Lage. **Aber gerade die Erwartungen haben sich verbessert. In der aktuellen Umfrage vom Mai haben sich die Einschätzungen zu den Erwartungen das vierte Mal hintereinander verbessert. Die Erwartungen werden inzwischen optimisti-**

sch er eingeschätzt als die Lage. Das spricht für eine Stabilisierung der Konjunktur.

Bisher war vor allem das Verarbeitenden Gewerbe in einer schwierigen Situation. In der ifo-Befragung gab es hier deutlich weniger pessimistische Erwartungen, auch die Beurteilung der Lage hat sich im Mai gebessert. Im Dienstleistungssektor, bei dem die positiven Einschätzungen überwiegen, hat sich das Geschäftsklima allerdings verschlechtert. Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima das vierte Mal in Folge verbessert. Das lag an weniger pessimistischen Erwartungen und einer besseren Lageeinschätzung.

ifo Geschäftsklima Deutschland*
Saisonbereinigt



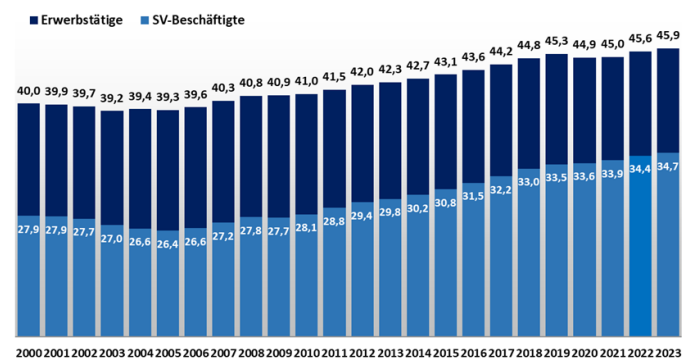
* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2024.

© ifo Institut

1.4 Stabiler Arbeitsmarkt

Erstaunlich stabil angesichts der multiplen Krisen hat sich in den vergangenen Jahren der Arbeitsmarkt in Deutschland gezeigt. Zwar ging die Zahl der Erwerbstätigen im Corona-Jahr 2020 zurück, doch schon 2021 stieg sie wieder an. Trotz mehrjähriger wirtschaftlicher Stagnation gab es 2023 mit knapp 46 Millionen so viel Erwerbstätige wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Entwicklung der Erwerbstätigen und SV-Beschäftigten
in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, BA

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

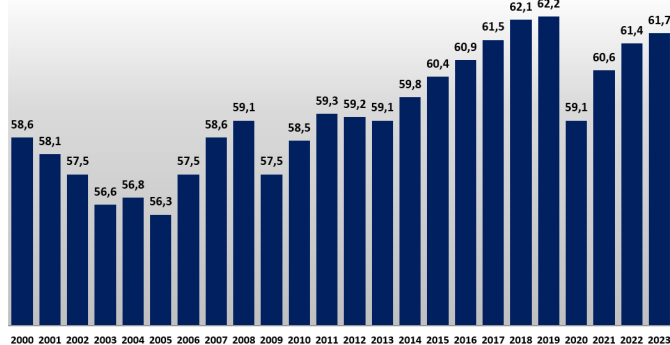
Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist der steigende Trend sogar noch eindeutiger. Durch den umfangreichen Einsatz von Kurzarbeit konnte hier ein Rückgang in der



Corona-Krise sogar vermieden werden. **2023 wurde mit 34,7 Millionen SV-Beschäftigten ebenfalls ein neuer Rekordwert erreicht.** Nach der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose steigt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem und im nächsten Jahr weiter leicht an und erreicht 2025 die Zahl von 46,1 Millionen.

Es sind immer mehr Menschen in Deutschland erwerbstätig, aber sie arbeiten jeweils tendenziell weniger Stunden. **Dennoch wächst auch die Zahl der insgesamt geleisteten Erwerbstätigenstunden.** Nach dem Coroneinbruch 2020 steigen sie wieder kräftig an und erreichten 2023 den höchsten Wert seit 2017. Nur in den Jahren 2018 und 2019 war das Arbeitsvolumen noch höher.

Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen
in Milliarden Stunden



Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Noch deutlicher ist der Aufwärtstrend bei den geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer*innen. Mit 54,7 Milliarden Stunden wurde hier im vergangenen Jahr ein neuer absoluter Rekordwert erreicht. Noch nie zuvor, seit diese Statistik erhoben wird (seit 1991, davor waren es die Zahlen für Westdeutschland) wurden von Arbeitnehmer*innen so viele Stunden gearbeitet. Das gerade jetzt eine öffentliche Debatte geführt wird, die Deutschen würden zu wenig arbeiten und das gefährde den Standort und den Wohlstand, ist vor diesem Hintergrund nicht zu verstehen.

Wenn die schwache wirtschaftliche Entwicklung bei Beschäftigung und Arbeitsvolumen kaum Spuren hinterlassen hat, so zeigen sich bei der Arbeitslosigkeit erste Dämpfer auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hatte mit 2,6 Millionen im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr (2,4 Millionen) leicht zugenommen. Nach der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose wird sie in diesem Jahr noch einmal leicht auf 2,7 Millionen zulegen. **Danach entlasten die bessere konjunkturelle Entwicklung und der voranschreitende demographische Wandel den Arbeitsmarkt und die Zahl wird wieder auf 2,6 Millionen zurückgehen.**

2. Metall- und Elektroindustrie

2.1 Krieg, Sanktionen und anhaltend hohe Energiepreise bremsen die Erholung in der M+E-Industrie

Die Metall- und Elektroindustrie befindet sich schon seit etwa Anfang 2018 in schwierigem Fahrwasser. Ende 2019 schien sich die Situation etwas zu entspannen. Vor dem Hintergrund der sich verbesserten Auftragslage hellte die Stimmung auf. Mit den politisch verordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie Betriebsschließungen, die den ins Stocken geratenen Lieferketten Rechnung trugen und einen weiteren störungsfreien eng getakteten Produktionsablauf nicht mehr ermöglichten, brach der zu Jahresanfang 2020 einsetzende Erholungsprozess in der zweiten Märzhälfte abrupt ab. **Über das Gesamtjahr 2020 fiel die M+E-Produktion um 13 Prozent unter das Vorjahresniveau.**

2021 kamen zu den anhaltenden Problemen um die Pandemie weitere Lieferengpässe bei Material und Vorleistungen, die schon im ersten Quartal zu erneuten Produktionsstopps und Kurzarbeit führten. Der besondere Umgang Chinas mit der Eindämmung der Pandemie, die Zero-Covid-Strategie, führte dazu, dass immer wieder ganze Städte, Regionen und Häfen der Volksrepublik komplett abgeriegelt werden mussten, was sich in der reduzierten Verfügbarkeit von und längeren Wartezeiten auf bestimmte Produkte bemerkbar machte. Hinzu kam, dass die durch die Pandemie beschleunigte Digitalisierung und damit die Nachfrage nach digitaler Ausrüstung zu zunehmenden Knappheiten bei der Versorgung mit elektronischen Bauteilen führte, die vor allem im Verarbeitenden Gewerbe Anlass für zahlreiche Produktionsstopps war. Schließlich bedeutete die Havarie eines Containerschiffs im Suez-Kanal im März 2021, dass die Passage für eine Woche für hunderte von Schiffen unmöglich wurde, was zusätzlich den reibungslosen Ablauf des weltweiten Handels beeinträchtigte. Diese Störungen im Produktionsablauf erschwerten die Erholung in der M+E-Industrie. **2021 stieg die Produktion in der M+E-Industrie gegenüber 2020 zwar um plus 4,7 Prozent, verfehlte aber das Vor krisenniveau aus dem Jahr 2019 um 8,9 Prozent.**

Das Jahr 2022 war gezeichnet von den Folgen des Angriffskriegs Russland gegenüber der Ukraine und den Sanktionen, die die Energieversorgung Europas in Frage stellten. Außerdem kam es erneut zu Engpässen bei der Materialversorgung. Auf den Spotmärkten für Erdgas und Rohöl explodierten die Preise. In der Spitze, im August 2022, stieg der Preis für Erdgas für eine MWh über 300 Euro. Um ihre Energiekosten zu reduzieren, fuhr insbesondere die energieintensive Industrie die Produktion herunter. Durch die Energieeinsparungen der Industrie und der privaten Haushalte sowie alternative Erdgas-Lieferungen, etwa von Norwegen, und Flüssiggaslieferungen, beruhigte sich die Lage auf dem europäischen Erdgasmarkt anschließend wieder. Allerdings: Nach einem Produktionsplus um 4,7 Prozent im Jahr 2021 gegenüber dem Corona-Krisenjahr 2020 stieg die **M+E-Produktion** aufgrund einer leichten Erholung zum Jah-

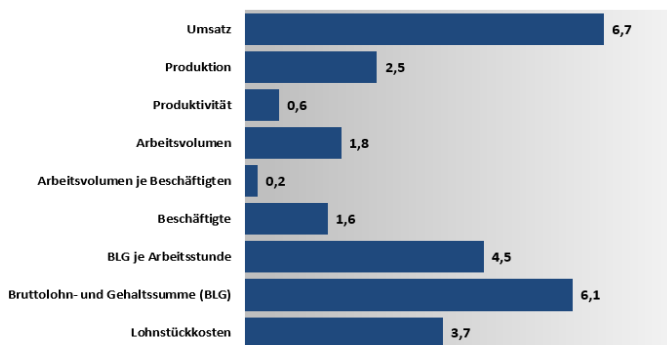


resende 2022 über das Gesamtjahr nur noch um 1,3 Prozent und **blieb damit unter dem Vorkrisenniveau des 4. Quartals 2019**. Da die Unternehmen in der Lage waren einen Großteil der Energiekosten über höhere Preise an ihre Kunden weiterzugeben, legte der Umsatz um sehr deutliche 16,4 Prozent zu.

Das Jahr 2023 war geprägt von einer sehr schwachen Entwicklung der M+E-Produktion, die ab der zweiten Jahreshälfte zurückgefahren wurde. Zwar erreichte die M+E-Produktion im Jahresverlauf einen Zuwachs um 2,5 Prozent. Dieser war aber zum Großteil einem Basiseffekt geschuldet, da das Ausgangsniveau Ende 2022 höher war als noch zu Jahresanfang 2022. Der Preisauftrieb hielt im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr weiter an. Deshalb konnte erneut ein kräftiger Umsatzzuwachs um 6,7 Prozent erzielt werden. Sowohl die Beschäftigung (plus 1,6 Prozent) als auch das Arbeitsvolumen (plus 1,8 Prozent) legten zu. Da die Produktion mit plus 2,5 Prozent etwas mehr zulegte als das Arbeitsvolumen (plus 1,8 Prozent), verbesserte sich die Produktivität leicht um 0,6 Prozent. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme stieg – begünstigt durch geleistete Inflationsausgleichsprämien und tabellenwirksame Erhöhungen – mit plus 6,1 Prozent sehr kräftig, führte allerdings wegen des sehr viel geringeren Zuwachses der Produktion zu einem Anstieg der Lohnstückkosten um 3,7 Prozent.

Wichtige Kennzahlen der Metall- und Elektroindustrie

Jahr 2023 gg. Jahr 2022, Originalwerte, Veränderung in Prozent

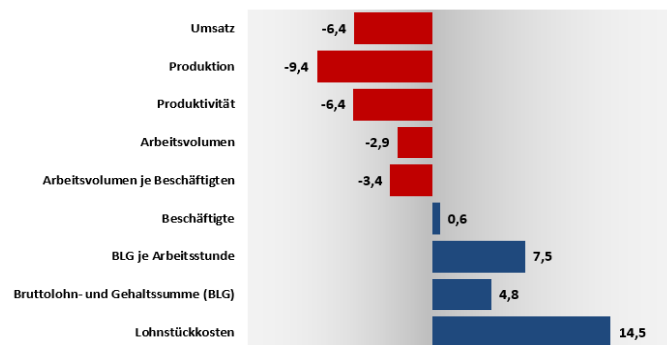


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Wichtige Kennzahlen der Metall- und Elektroindustrie

1. Quartal 2024 gegenüber 1. Quartal 2023, Originalwerte, Veränderung in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

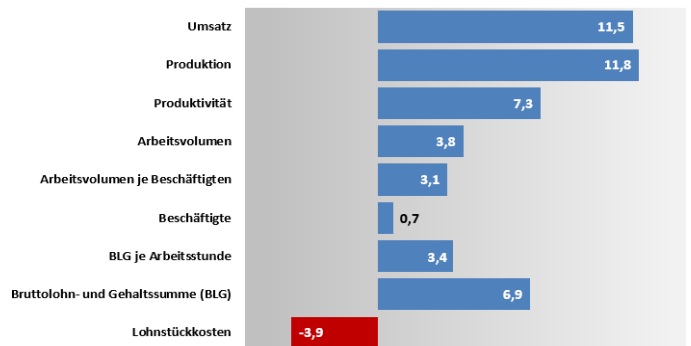
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Wie sich der Basiseffekt und die sich über das Gesamtjahr 2023 verschlechternde Situation auswirkt, zeigt der Vergleich des ersten Quartals 2024 mit dem ersten Quartal 2023. So lag im ersten Quartal des laufenden Jahres der Umsatz um 6,4 Prozent unter seinem Vorjahreswert, und auch die Produktion hat um 9,4 Prozent eingebüßt. Da das Arbeitsvolumen nicht so deutlich zurückgefahren wurde wie die Produktion, nämlich nur um 2,9 Prozent, sank die Produktivität um 6,4 Prozent. Die Lohn- und Gehaltssumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent. Weil gleichzeitig die Produktion um 9,4 Prozent fiel, stiegen die Lohnstückkosten um deutliche 14,5 Prozent.

Die Automobilindustrie setzte im Jahr 2023 zunächst in den ersten beiden Quartalen den im Jahr 2022 begonnenen Erholungsprozess fort bevor in der zweiten Jahreshälfte erneut die Produktion heruntergefahren wurde. Über das Gesamtjahr stieg die Produktion um knapp zwölf Prozent (plus 11,8 Prozent); **allerdings zeigt der Vergleich erstes Quartal 2024 zu erstem Quartal 2023 einen Rückgang um minus 9,6 Prozent.** Auch der Umsatz erzielte ein Plus des Gesamtjahres um 18,5 Prozent. Es wurde mit plus 0,7 Prozent nur wenig Beschäftigung aufgebaut, allerdings stieg die geleistete Arbeitszeit um 3,8 Prozent und damit auch die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten um plus 3,1 Prozent. Da das Plus bei Arbeitsvolumen hinter dem deutlichen Produktionsplus zurückblieb, stieg die Produktivität um 7,3 Prozent. Auch der kräftige Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme um 6,9 Prozent glich den Produktionszuwachs nicht aus, was dazu führte, dass die Lohnstückkosten um beinahe vier Prozent fielen (minus 3,9 Prozent). **Die Jahresbilanz 2023 der Automobilindustrie fiel somit insgesamt sehr positiv aus.**

Wichtige Kennzahlen der Automobilindustrie (WZ 29)

Jahr 2023 gegenüber Jahr 2022, Veränderung in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Allerdings täuscht das darüber hinweg, dass das Produktionsvolumen zum Jahresende 2023 noch nicht wieder das Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019 erreicht hat. Der Unterschied betrug beinahe neun Prozent (minus 8,7 Prozent). Noch deutlicher ist der Unterschied zum historischen Höchststand im dritten Quartal 2017: 21,8 Prozent. Hier vermischen sich konjunkturelle und strukturelle Einflüsse, bedingt durch die Herausforderungen der ökologischen Transformation, die die Automobilbranche zum Umbau der Produktionshal-

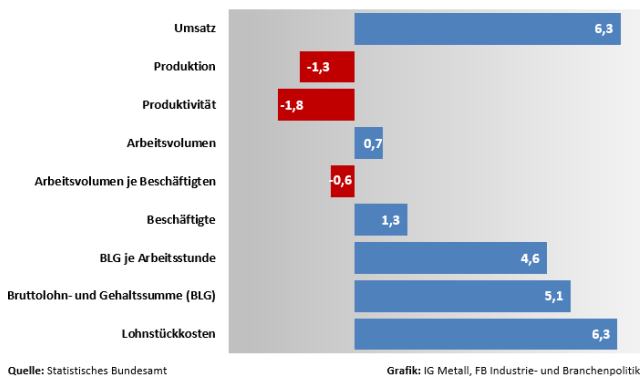


len und -abläufe und zur Entwicklung und Fertigung neuer Modelltypen mit elektrischem Antriebsstrang zwingt, sowie durch den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck insbesondere im Zukunftssegment der Elektrofahrzeuge.

Der Maschinenbau durchlebte ein schwieriges Jahr und entwickelte sich schlechter als die M+E-Industrie insgesamt. Zwar konnte mit einem Plus von 6,3 Prozent der Umsatz kräftig gegenüber dem Vorjahr zulegen. Aber die Produktion sank um 1,3 Prozent; der Vergleich erstes Quartal 2024 zu erstem Quartal 2023 legt einen Produktionsrückgang um 9,4 Prozent offen. Weil gleichzeitig über das Jahr weiter Beschäftigung aufgebaut wurde (plus 1,3 Prozent) und auch die geleisteten Arbeitsstunden zulegten (plus 0,7 Prozent), sank der Auslastungsgrad und damit die Produktivität um spürbare 1,8 Prozent. Das hatte Folgen für die Lohnstückkosten. Bei einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme um 5,1 Prozent, stiegen die Lohnstückkosten in der Jahresbilanz um 6,3 Prozent.

Noch zum Jahresende 2022 sah es für den Maschinenbau so aus, als könnte das Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019 bald wieder erreicht werden. Zu diesem Zeitpunkt war das Produktionsniveau nur noch etwa zwei Prozent davon entfernt. Danach wurde die Produktion heruntergefahren. Zum Jahresende 2023 betrug der Rückstand schließlich acht Prozent. Ursächlich für diese Entwicklung sind die gestiegenen Zinssätze für Kredite und die hohe Unsicherheit, die die Investitionsbereitschaft und damit insbesondere die Investitionsgüterindustrie belasten.

Wichtige Kennzahlen im Maschinenbau (WZ 28)
Jahr 2023 gegenüber Jahr 2022, Veränderung in Prozent



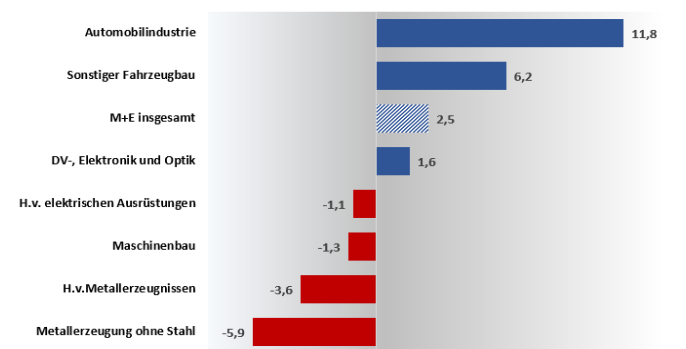
2.2 M+E-Produktion noch deutlich unter Vorkrisenniveau

Die M+E-Produktion insgesamt befindet sich nicht erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie in einer Schwächephase. Bereits der mit der Amtsübernahme von Donald Trump eskalierende Handelskonflikt im Jahr 2018 führte zu einer drastischen Abkühlung des globalen Handels und der Konjunktur und belastete damit die exportabhängigen Branchen.

So wie Automobil und Maschinenbau haben sich auch die anderen Teilbranchen der M+E-Industrie sehr unterschiedlich entwickelt. Im vergangenen Jahr konnte sich die Produkti-

on im Sonstigen Fahrzeugbau (plus 6,2 Prozent) und bei der Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik (plus 1,6 Prozent) noch recht gut behaupten. Schlechter sah es vor allem für die energieintensiven Metallbranchen aus. Die Produktion in der Metallerzeugung schrumpfte gegenüber dem Vorjahr um beinahe sechs Prozent (minus 5,9 Prozent) und die Herstellung von Metallerzeugnissen verlor 3,6 Prozent. Auch die Herstellung von elektrischen Erzeugnissen (minus 1,1 Prozent) verzeichnete einen Produktionsrückgang. Dazu trugen die restriktive Geldpolitik mit steigenden Zinsen, die zunehmende Unsicherheit und – bei den konsumnahen elektrischen Erzeugnissen – die schwache Realeinkommensentwicklung der Konsumenten bei.

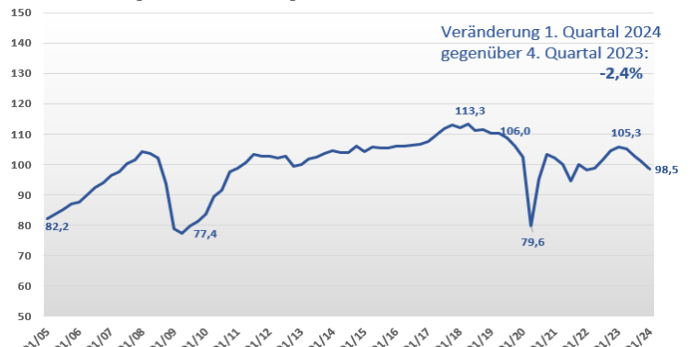
Produktion in den M+E-Branchen
Veränderung 2023 gegenüber 2022 in Prozent, Originalwerte



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die M+E-Produktion stieg nach einem geringen Einbruch in den ersten zwei Quartalen 2022 kräftig an und erreichte schließlich im ersten Quartal 2023 beinahe wieder das Vorkrisenniveau aus dem 4. Quartal 2019. Danach kehrte sich der Trend um. Die Produktion fiel von Quartal zu Quartal bis zum 1. Quartal 2024 auf ein Niveau von 7,1 Prozent unter Vorkrisenniveau und knapp 13 Prozent unter dem historischen Höchstwert aus dem zweiten Quartal 2018.

Produktion in der M+E-Industrie
Quartale, arbeitstäglich- und saisonbereinigt, Index 2021 = 100



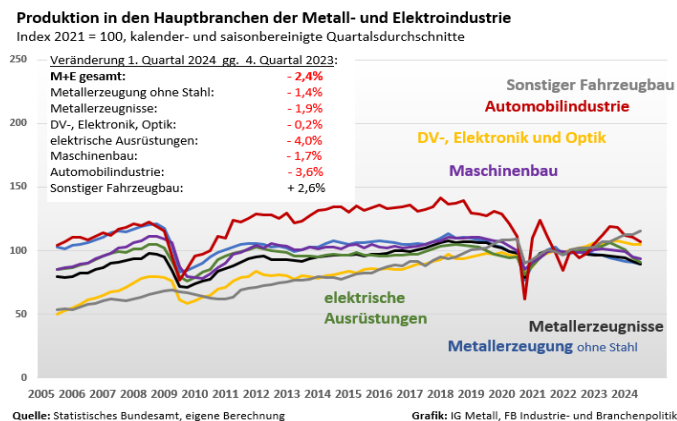
Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Zu dieser Entwicklung trug vor allem die Automobilindustrie bei, die im ersten Quartal 2024 etwa 12 Prozent unter Vorkrisenniveau und 23,4 Prozent unter dem Produktionswert des zweiten Quartals 2018 fertigte. Auch die Herstellung von Metallerzeugnissen (minus 9,7 Prozent), die Metaller-



zeugung (minus 9,9 Prozent) und die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (minus 4,1 Prozent) sowie der Maschinenbau (minus 9,7 Prozent) fielen im ersten Quartal 2024 unter Vorkrisenniveau. Trotz – seit mittlerweile drei Quartalen – rückläufiger Produktion landete die Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik im ersten Quartal 2024 (noch) über dem Vorkrisenniveau (plus 8,4 Prozent).

Lediglich der Sonstige Fahrzeugbau insgesamt (Luft- und Raumfahrzeugbau, Schienenfahrzeugbau, Schiff- und Bootsbau) verzeichnete über das Gesamtjahr 2023 einen kontinuierlichen Produktionsaufwuchs und lag im ersten Quartal 2024 knapp sieben Prozent (6,9 Prozent) über dem Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019. Der Blick in die Branche zeigt, dass diese ‚Erfolgsgeschichte‘ fast ausschließlich der **Sonderkonjunktur in der Luft- und Raumfahrt** sowie deren starkem Gewicht am Produktionswert des Sonstigen Fahrzeugbaus zu verdanken ist. Die Produktion der Luft- und Raumfahrt stieg nach einem massiven Einbruch in der Corona-Krise bereits ab dem dritten Quartal 2020 kontinuierlich an und erreichte im ersten Quartal 2024 ein Produktionsniveau, das den historischen Höchstwert des vierten Quartals 2019 um 5,9 Prozent übertraf. Der **Schienenfahrzeugbau** hatte während der Corona-Krise überhaupt keinen Einbruch zu verzeichnen und realisierte insbesondere zu Jahresanfang 2021 einen deutlichen Produktionszuwachs, der dazu beitrug, dass er trotz anschließender leichter Verluste zum Jahresende 2023 nach einem erneuten Anstieg im ersten Quartal 2024 um 7,1 Prozent über dem Vorkrisenniveau landete. Der **Schiff- und Bootsbau** konnte den Produktionsverlust, der mit der Corona-Krise eintrat, nicht wieder aufholen und produziert trotz eines Zuwachses über das Gesamtjahr 2023 im ersten Quartal noch 14,1 Prozent unter Vorkrisenniveau.



Die weitere Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und damit auch in der Metall- und Elektroindustrie wird wesentlich von der Entwicklung der Energiepreise abhängen. Momentan hat sich die Lage vor allem wegen der Gaspreisentwicklung etwas normalisiert. Diese lagen aber im März auf dem europäischen Spot- und Termin-Markt immer noch über dem Vorkriegsniveau. Perspektivisch werden die Energiepreise in

Deutschland im internationalen Vergleich höher liegen als in Regionen mit günstigeren Gaspreisen, besseren Standortbedingungen für erneuerbare Energien und ohne stringente Klimapolitik, wie etwa in den USA und China, worauf verschiedene wissenschaftliche Studien hindeuten. **Die Energiekosten werden damit auf Dauer eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandorts sein.** Auch das Zinsniveau ist für die Nachfrage im Investitionsgüterbereich mitentscheidend. Die Zinssätze werden noch eine Zeitlang erhöht bleiben und gerade die kreditfinanzierten Käufe im Investitionsgüterbereich belasten. Vermutlich wird die EZB im Juni mit einem ersten Zinsschritt, dem weitere folgen werden, die Zinssätze senken. Abgesehen von den hohen Finanzierungskosten trübt die Unsicherheit unter den Konsumenten die Perspektiven.

Der **Verband der Automobilindustrie (VDA)** berichtete Anfang April, dass im ersten Quartal 2024 neun Prozent weniger PKW hergestellt wurden als im Vorjahresquartal (eine Millionen PKW). Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 lag die Produktion im ersten Quartal 18 Prozent unter dem damaligen Wert. Auch der Export befindet sich noch 19 Prozent unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019. Die Auftragseingänge entwickeln sich jedoch im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal 2023 positiv: plus sechs Prozent (VDA, Pressemeldung, 4. April 2024). **Für das Gesamtjahr 2024 erwartet der VDA, dass die Automobilproduktion in Deutschland stagnieren wird, während die Auslandsproduktion deutscher Konzernmarken um vier Prozent zulegen wird** (VDA, Januar 2024).

Die Produktion im Maschinen- und Anlagenbau hat sich im ersten Quartal 2024 weiter verringert. Im ersten Quartal lag der Produktionswert – wie oben berichtet – sieben Prozent unter seinem Vorjahreswert. Das hohe Zinsniveau und die Unsicherheit verursachen eine massive Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben. Darin spiegelt sich der seit Monaten anhaltende Auftragsrückgang. Der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau** bestätigte deshalb im April seine eher pessimistische Prognose für 2024. **Die Produktion wird demnach real gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent zurückgehen** (VDMA, 22. April 2024).

Der **Zentralverband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)** erwartet für 2024 eine leichte Wachstumsdelle und verbindet damit einen Produktionsrückgang um zwei Prozent. Der Verband führt diese Entwicklung auf die Inflation, die hohen Zinsen und die nach wie vor erhöhten Energiepreise zurück (ZVEI Pressemitteilung Januar 2024). In den ersten beiden Monaten Januar und Februar 2024 lag die Produktion knapp sechs Prozent (5,9 Prozent) unter dem Vorjahresniveau.

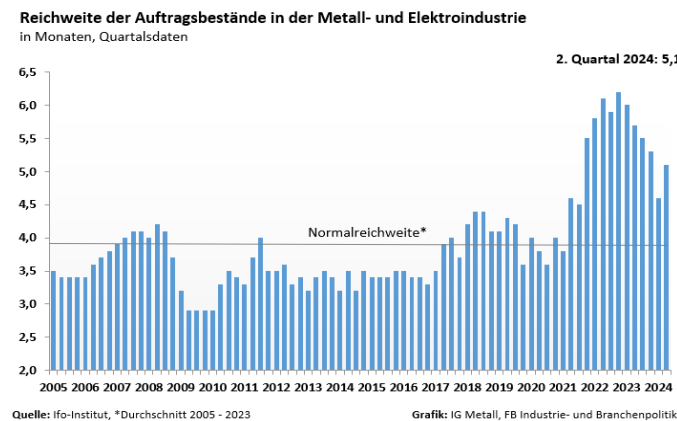
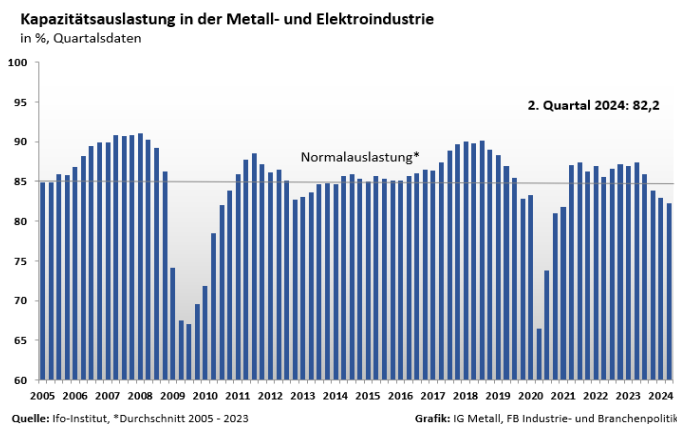
2.3 Kapazitätsauslastung fällt im zweiten Quartal 2024 zum dritten Mal in Folge unter das langjährige Mittel

Die Phase hoher Kapazitätsauslastung hat die M+E-Industrie inzwischen hinter sich gelassen. **Im zweiten Quartal 2024 wird**



zum dritten Mal in Folge – mit fallendem Trend – die Normalauslastung unterschritten. Inzwischen scheint ein Großteil des aufgrund der Corona-Schließungen, gestörter Lieferketten und Materialmängel aufgebauten Auftragsstaus abgearbeitet zu sein, und dabei ist das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Für das zweite Quartal ergab die Befragung des ifo Instituts im Durchschnitt einen Auslastungsgrad von 82,2 Prozent. In den letzten beiden Quartale betrug der Auslastungsgrad knapp 83 (1. Quartal 2024) und knapp 84 Prozent (4. Quartal 2023).

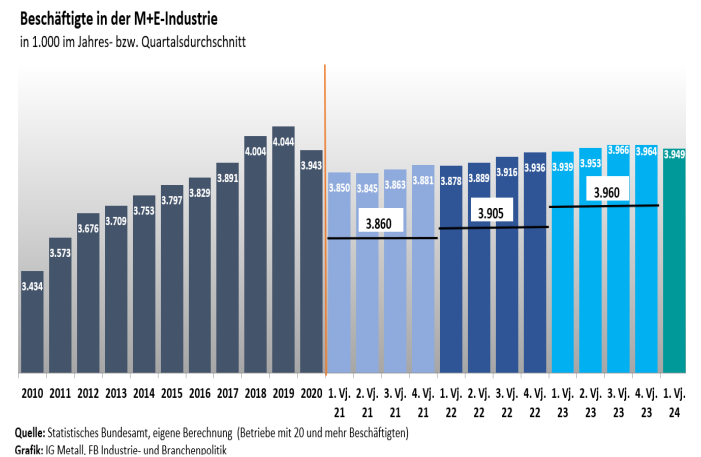
Bei den beschäftigungsstärksten M+E-Branchen, dem Maschinenbau und der Automobilindustrie, ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Während der Auslastungsgrad im Maschinenbau den Trend der M+E-Industrie insgesamt nachzeichnet und im zweiten Quartal 2024 einen Auslastungsgrad von 83 Prozent – spürbar unter dessen langjährigen Mittel von 86,6 Prozent – verbucht, stieg er in der Automobilindustrie nach zwei Quartalen sinkender Auslastung wieder auf das Level der Normalauslastung von 86,5 Prozent. Einen massiven Einbruch bei der Kapazitätsauslastung erfuhren die Gießereien, wo sie im zweiten Quartal von 76 Prozent auf nur noch 71,5 Prozent fiel. Damit liegt die Auslastung bei den Gießereien deutlich unter dem M+E-Durchschnitt und belastet das Gesamtergebnis. Ebenso deutlich fiel der Auslastungsgrad beim Sonstigen Fahrzeugbau von 92,3 auf 83,8 Prozent. Allerdings übertrifft der Sonstige Fahrzeugbau damit noch knapp den M+E-Durchschnitt.



Im Gegensatz zur Kapazitätsauslastung stieg die Reichweite der M+E-Auftragsbestände im 2. Quartal erstmals wieder nach fünf Quartalen an, und zwar auf 5,1 Monate. Diesen Richtungswechsel haben sowohl der Maschinenbau (5,5 Monate, von 5,2 Monaten im 1. Quartal) als auch der Fahrzeugbau vollzogen (6,4 Monate, von 5,5 Monaten im 1. Quartal). Auffallend kräftig steigt die Reichweite beim sonstigen Fahrzeugbau, und zwar von vier auf 11,2 Monate, was vermutlich auf die Verbuchung eines oder mehrerer Großaufträge zurückzuführen ist. Entgegen diesem Trend sinkt die Reichweite der Auftragsbestände bei der Metallherzeugung und hier insbesondere bei den Gießereien (von 3,5 auf 2,7 Monaten) sowie bei der Erzeugung und ersten Bearbeitung von NE-Metallen (von 1,9 auf 1,1 Monaten).

2.4 Beschäftigung legte im Jahr 2023 in allen M+E-Branchen zu

Der langjährige Beschäftigungsaufbau in der M+E-Industrie endete im vierten Quartal 2019 mit einem Rekordwert. Über das Gesamtjahr 2019 arbeiteten 4,04 Millionen Personen in der M+E-Industrie in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. Im Krisenjahr 2020 gingen etwa 101 Tausend Arbeitsplätze verloren und nochmals 83 Tausend im Jahr 2021 (minus 2,1 Prozent). Bereits zur Jahresmitte 2021 kehrte sich der Trend um. In den beiden folgenden Jahren stieg die Beschäftigung bis auf 3,978 Millionen Personen – nach einem leichten Rückgang – im vierten Quartal 2023 (Gesamtjahr 2023: plus 1,4 Prozent). Im ersten Quartal 2024 setzte sich der Beschäftigungsrückgang fort: Im Quartalsdurchschnitt arbeiteten noch 3,949 Millionen Personen in der M+E-Industrie in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten.

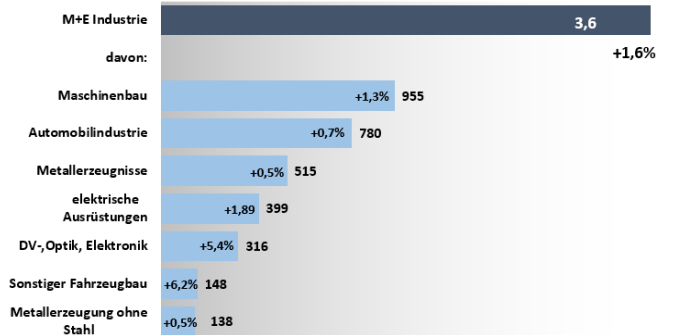


Der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2023 fand in allen M+E-Branchen statt. Am kräftigsten wuchs das Personal in der Branche Sonstiger Fahrzeugbau mit plus 6,2 Prozent auf 148 Tausend Beschäftigte. Es folgen die Herstellung von DV-Geräten, Optik und Elektronik (plus 5,4 Prozent auf 316 Tausend) und die Elektrischen Ausrüstungen (plus 1,89 Prozent auf 399 Tausend). Der Maschinenbau bleibt die beschäftigungsstärkste Branche mit 955 Tausend Beschäftigten in Betrieben



ab 50 Beschäftigten (plus 1,3 Prozent) vor der Automobilindustrie mit 780 Tausend (plus 0,7 Prozent).

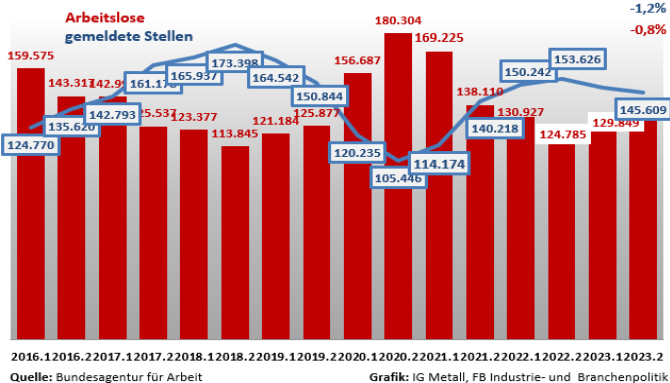
Beschäftigte in den Hauptbranchen der M+E-Industrie
Jahr 2023, in 1.000, Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, in Betrieben ab 50 Beschäftigten
* M+E-Beschäftigte in Betrieben ab 20 Beschäftigten: 3,9 Mio.

Aufgrund der Erholung nach dem Corona-Krisenjahr 2020 hat sich die **Kurzarbeit** deutlich reduziert (Bundesagentur für Arbeit, angezeigte Kurzarbeit, April 2024). Dieser Trend zeigte sich in allen Branchen der M+E-Industrie. Während im Jahr 2020 in der Automobilindustrie für 822.024 Personen Kurzarbeit angezeigt wurde, reduzierte sich diese Anzahl im Jahr 2023 auf 65 Tausend. **Allerdings stieg die Anzahl an Personen in Kurzarbeitsanzeigen – ausgehend von einem niedrigem Niveau – im Jahr 2023 gegenüber 2022 in fünf M+E-Teilbranchen zum Teil recht deutlich wieder an.** Darunter in den beiden Metallbranchen Metallerzeugung und -bearbeitung (von 36,6 auf 46 Tsd., plus 25,4 Prozent), Herstellung von Metallerzeugnissen (von 76,5 auf 86,7 Tsd., plus 13,4 Prozent), Herstellung von DV-Geräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen (von 15,5 auf 22,6 Tsd., plus 46,2 Prozent), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (18,6 auf 38 Tsd., plus 104,2 Prozent) und Maschinenbau (von 63,9 auf 71,0 Tsd., plus 11,1 Prozent). In der Automobilindustrie (von 188,3 auf 65,3 Tsd., minus 65,3 Prozent) und im Sonstigen Fahrzeugbau (von 3,7 auf 2,0 Tsd., minus 47,3 Prozent) gingen dagegen die Anzeigen weiter zurück.

Arbeitslose und gemeldete Stellen mit M+E-Berufen
Auswertung nach Zielberuf



Quelle: Bundesagentur für Arbeit
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

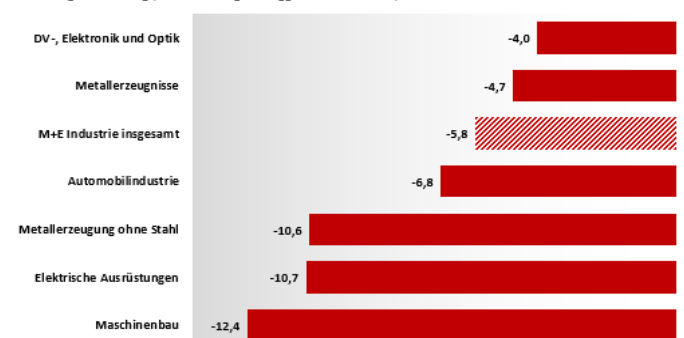
Auch auf dem Arbeitsmarkt für Metall- und Elektroberufe hat sich die Situation im Jahresverlauf 2023 etwas verschlechtert. Etwa seit dem zweiten Quartal 2023 sinkt die Anzahl der gemeldeten Arbeitsstellen für Metall- und Elektroberufe, während die Anzahl von Arbeitslosen mit Metall- und Elektroberufen zunahm. Die Lücke zwischen den angebotenen Stellen und den Gesuchen hat sich im Jahr 2023 etwas geschlossen. Im Vergleich zu 2022 nahm die Anzahl der Arbeitslosen um 11 Prozent zu, während die Anzahl der gemeldeten Stellen nur noch um ein Prozent stieg. Zu Jahresanfang 2024 übertraf die Anzahl der Arbeitslosen zum ersten Mal seit Sommer 2021 wieder die Anzahl der gemeldeten Arbeitsstellen.

2.5 Auftragseingang sank im Jahr 2023 in allen M+E-Branchen

Im Jahr 2023 sank der Auftragseingang gegenüber 2022 in allen M+E-Branchen sehr deutlich, im Mittel um 5,8 Prozent. Einen massiven Auftragsrückgang erfuhr der Maschinenbau mit minus 12,4 Prozent, gefolgt von den Elektrischen Ausrüstungen (minus 10,7 Prozent) sowie der Metallerzeugung (minus 10,6 Prozent) und der Automobilindustrie (minus 6,8 Prozent). Etwas besser kamen die Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik (minus 4,0 Prozent) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (minus 4,7 Prozent) davon. Dem insgesamt negativen Trend in der M+E-Industrie konnte sich nur der Sonstige Fahrzeugbau entgegenstemmen. Dort stiegen die Auftragseingänge um plus 37,4 Prozent. Dazu trug die ‚Sonderkonjunktur‘ in der Luft- und Raumfahrtindustrie bei, deren Auftragsvolumen im Jahr 2023 um beinahe 50 Prozent (plus 49,6 Prozent) gegenüber dem Vorjahr zulegte. Auch der Schienenfahrzeugbau konnte mit plus 39,7 Prozent punkten. Getrübt wurde der Höhenflug des Sonstigen Fahrzeugbaus allerdings durch den Einbruch im Schiffs- und Bootsbau (minus 26,5 Prozent).

Auftragseingänge in der M+E-Industrie

Arbeitstäglich bereinigt, Veränderung 2023 gg. 2022 in Prozent, 2021=100



Quelle: Statistisches Bundesamt
Darstellung ohne Sonstigen Fahrzeugbau (plus 37,4 Prozent 2023 gg 2022)
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

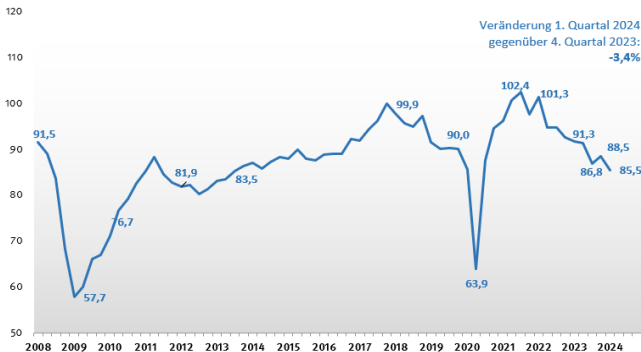
Nach einem vorübergehenden Anstieg des Auftragsvolumens und Stabilisierung im vierten Quartal 2023 setzte sich der Abwärtstrend des Gesamtjahres 2023 in den ersten drei Monaten 2024 fort. Um minus 3,4 Prozent sank der Auftragseingang gegenüber dem vierten Quartal 2023. Das erste Quartal 2024 fiel nach dem überraschend starken Anstieg des Auftrags-



eingangs im Dezember 2023 vergleichsweise schwach aus. Abgesehen davon bewegte sich das Ordervolumen nur geringfügig unter dem Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2023.

Auftragseingänge in der M+E-Industrie

Quartale, arbeitstäglich- und saisonbereinigt, Index 2021=100

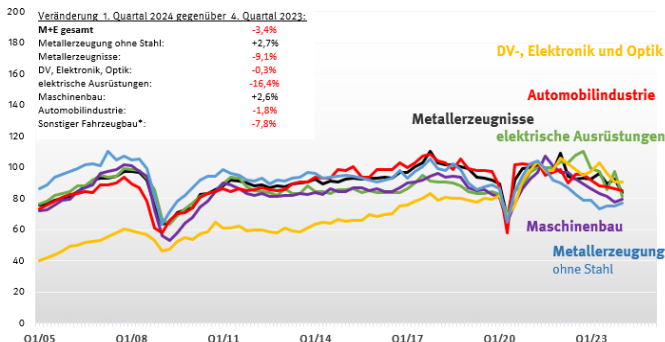


Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Unter den M+E-Branchen verbuchten im ersten Quartal 2024 nur die Metallherzeugung (plus 2,7 Prozent) und der Maschinenbau (plus 2,6 Prozent) mehr Bestellungen als im Vorquartal. Am heftigsten traf es die elektrischen Ausrüstungen (minus 16,4 Prozent), die Metallherzeugnisse (minus 9,1 Prozent) und den Sonstigen Fahrzeugbau (minus 7,8 Prozent). Etwas glimpflicher kam die Automobilindustrie (minus 1,8 Prozent) und die Herstellung von DV-Geräten, Elektronischen und Optischen Erzeugnissen (minus 0,3 Prozent) davon. Bei den elektrischen Ausrüstungen waren insbesondere Branchen betroffen, die im Zusammenhang mit der Ausstattung von Stromerzeugung, -speicherung und -verteilung stehen, wie etwa die Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und -schaltanlagen (minus 35,3 Prozent), die Herstellung von Elektromotoren, Generatoren, etc. (minus 29,2 Prozent) sowie die Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln (minus 20,7 Prozent). Weniger belastet waren die konsumnahen Bereiche wie die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten (minus 3,4 Prozent) und elektrischen Lampen und Leuchten (minus 14,1 Prozent).

Auftragseingang in den Hauptbranchen der Metall- und Elektroindustrie

Index 2021 = 100, kalender- u. saisonbereinigte Quartalswerte, aktueller Wert: 1. Quartal 2024



Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik,* Darstellung ohne Sonstiger Fahrzeugbau

Der Vergleich zwischen Inlands- und Auslandsaufträgen zeigt, dass es die Auslandsaufträge waren, die seit der zwei-

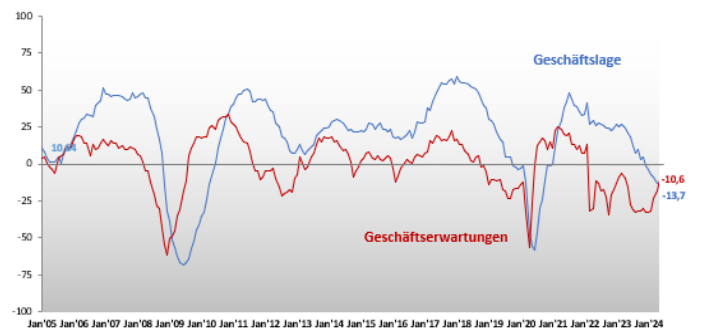
ten Jahreshälfte 2023 die Situation entspannt haben. Hier kann sogar ein leicht positiver Trend ausgemacht werden. Demgegenüber entwickelten sich die Inlandsaufträge sehr schwach und setzten ihren fallenden Trend der ersten Jahreshälfte 2023 auch im ersten Quartal 2024 fort. So ist es der mäßigen Binnenkonjunktur Deutschlands zuzurechnen, dass sich die Auftragseingänge für die M+E-Industrie kaum beleben.

2.6 Geschäftserwartungen hellen sich auf – Geschäftslage verschlechtert sich

Die Stimmung in der Metall- und Elektroindustrie hatte sich seit Jahresanfang 2021 deutlich verschlechtert. Das ganze Jahr über beherrschten die Materialengpässe die Stimmung. Nach einer leichten Erholung zum Jahresende 2021 und der Hoffnung auf Normalisierung und Entspannung bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Januar und Februar folgte ein historischer Einbruch im März 2022 mit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegenüber der Ukraine. Sehr früh kam es zu erneuten Störungen in den Lieferketten. Seit Dezember 2023 übertrifft der Anteil derjenigen, die die Lage schlecht bewerten, den Anteil derer, die eher optimistisch sind.

Geschäftslage und -erwartungen in den nächsten 6 Monaten in der Metall- und Elektroindustrie

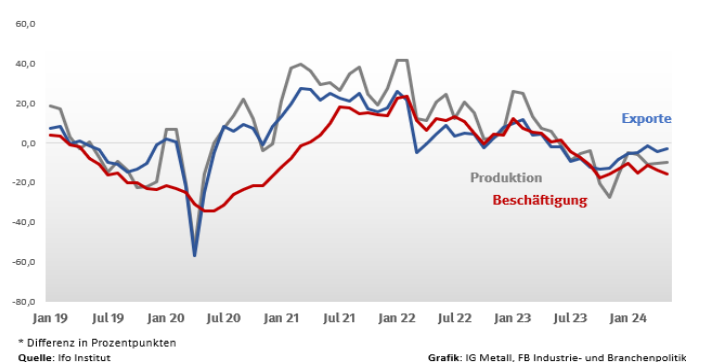
Saldo der Einschätzungen "gut" minus "schlecht", Saisonbereinigt, aktueller Wert: Mai 2024



Quelle: Ifo Institut, saisonbereinigt nach X13-SEATS-Verfahren, eigene Berechnungen Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Erwartungen in der Metall- und Elektroindustrie

für die nächsten drei Monate, aktueller Wert: Mai 2024 Saldo zwischen den jeweiligen positiven (steigt) und negativen (sinkt) Erwartungen*



* Differenz in Prozentpunkten Quelle: Ifo Institut Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

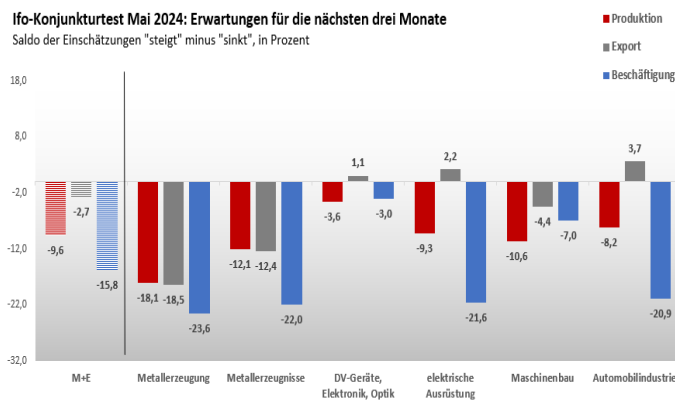
Der Stimmungsumschwung im Oktober/November 2023 zeigte sich bei den Erwartungen für Export, Produktion sowie Beschäftigung, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Der Stimmungswchsel verläuft auffallend



synchron zum etwas stabileren Verlauf der Auftragseingänge Ende 2023. Trotz dieses Trendwechsels ist keine Verbesserung für die nächsten Monate zu erwarten, da immer noch die Pessimisten überwiegen und zudem der Aufwärtstrend seit März/April stockt.

Der Blick in die Teilbranchen der M+E-Industrie zeigt ein ähnliches Bild bei den Produktions-, Export- und Beschäftigungserwartungen im Mai 2024: In allen M+E-Branchen wird die Produktion und die Beschäftigung vermutlich in den nächsten Monaten sinken. Nur beim Export dürfte es in den Elektro- und Elektronikbranchen sowie in der Autoindustrie etwas aufwärts gehen.

Vor allem in den Metallbranchen (Metallerzeugung und Herstellung von Metallerzeugnissen) geht eine deutliche Mehrheit davon aus, dass es in naher Zukunft weiter abwärts gehen wird. Etwas besser – bei überwiegend negativen Vorzeichen – sieht es bei den elektrischen Ausrüstungen, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie aus. Am besten läuft es noch bei der Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik.



3. Preise, Produktivität und Verteilung

In Tarifverhandlungen soll der **Anspruch der Beschäftigten auf eine angemessene Teilhabe am Zuwachs des wirtschaftlichen Wohlstands** bekräftigt und umgesetzt werden. Diesem Anspruch stehen die Interessen der Kapitaleseite auf eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals gegenüber. **Für die Entgeltforderung spielt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Preise eine zentrale Rolle.** Die Veränderung der Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde) ist ein Ausdruck der veränderten Leistungsfähigkeit der Arbeit. Durch die Berücksichtigung der Geldentwertung (Inflation, bzw. steigendes Preisniveau) soll sichergestellt werden, dass der ausgehandelte Entgeltzuwachs nicht durch die Preissteigerungen aufgezehrt wird.

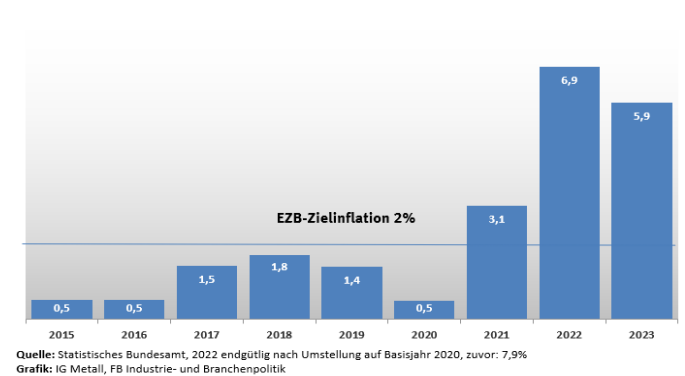
Aus der Summe des Produktivitätszuwachses und des Anstiegs des Preisniveaus ergibt sich der verteilungsneutrale

Spielraum. Für die Berechnung des Preisniveaus dient hier der BIP-Deflator. Im Unterschied zum Verbraucherpreisindex bildet der BIP-Deflator nicht nur Preisänderungen der Güter eines ausgewählten Warenkorbs, sondern die Änderungen aller Preise der Volkswirtschaft ab. Entwickeln sich die Entgelte entlang des verteilungsneutralen Spielraums, so verändert sich die Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen) nicht. Legen die Entgelte stärker zu, so steigt der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen zu Lasten des Anteils der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die Differenz zwischen der Entgeltforderung und dem verteilungsneutralen Spielraum entspricht folglich der Umverteilungskomponente. Gelingt ein Tarifabschluss in diesem Umfang, erzielen die Arbeitnehmerinkommen einen höheren Anteil am Volkseinkommen.

3.1 Preisaufrtrieb verlangsamt sich

Für die Beschäftigten ist nicht in erster Linie der BIP-Deflator, sondern die Entwicklung der Verbraucherpreise von Bedeutung, da diese maßgeblich für den privaten Konsum und somit für die tatsächliche, reale Einkommensentwicklung ist. Die Verbraucherpreise in Deutschland zeigten in den Jahren bis 2020 nur eine sehr schwache Dynamik und unterschritten von 2013 bis 2020 die von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebte Zielmarke von ‚zwei Prozent‘, bei der diese das Ziel ‚Preisniveaustabilität‘ als erfüllt ansieht. Auch der von der EZB relevante ‘Harmonisierte Verbraucherpreisindex’ im Euroraum zeigt im Wesentlichen diese schwache Dynamik.

Preise
Veränderung der Verbraucherpreise zum Vorjahr in Prozent



In den Jahren 2015 und 2016 betrug der Verbraucherpreisanstieg in Deutschland nur 0,5 Prozent. Mit der anziehenden Konjunktur im Jahr 2017 stieg die Teuerungsrate auf immerhin 1,5 bis 1,8 Prozent im Jahr 2018, um dann 2019 wieder auf 1,4 Prozent zurückzufallen. Die durch den Handelskrieg ausgelöste schwache Exportentwicklung bei gleichzeitig nachlassenden privaten Investitionen bremste die Konjunktur und dämpfte die Preisentwicklung. Aufgrund der Corona-Krise fiel die Teuerungsrate 2020 auf nur noch plus 0,5 Prozent zurück. Im Jahr 2021 zog die Inflationsrate von 0,5 auf 3,1 Prozent dramatisch an. Der Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine und die anschließenden Sanktionen ließen die Verbraucherpreise im



Jahr 2022 im Jahresdurchschnitt um 6,9 Prozent ansteigen. Auch 2023 übertraf die Teuerungsrate mit plus knapp sechs Prozent (plus 5,9 Prozent) die Zielinflatonsrate der EZB sehr deutlich.

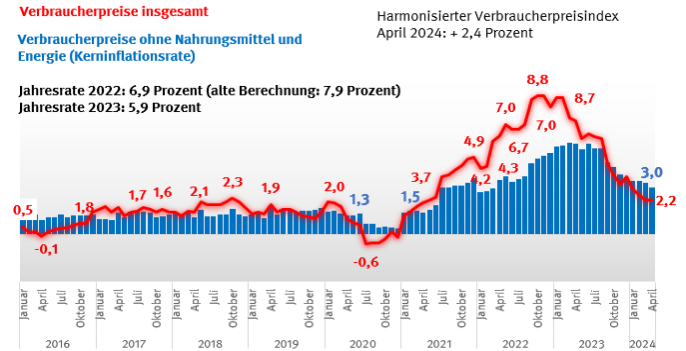
Die Ursachen für diesen Preisauftrieb seit 2020 lassen sich an der monatlichen Entwicklung nachvollziehen. Seit Februar 2020 waren die Verbraucherpreise in Deutschland unter Druck. Dafür entscheidend waren unter anderem die fallenden Energiepreise (Erdöl). Mit Ausbruch der Corona-Krise kam es zu einem massiven spekulativen Verkauf von Rohöl, teilweise fiel der Preis für die Nordamerikanische Rohölsorte WTL unter null, das heißt es wurde eine Prämie für die Abnahme von Rohöl bezahlt. Hinzu kam, dass sich die OPEC und andere rohölfördernde Länder nicht auf eine stabilisierende Verringerung der Fördermengen einigen konnten und damit die Preisentwicklung belasteten. Im Juli 2020 mäßigte in Deutschland die Mehrwertsteuerreduktion zusammen mit anderen Preisnachlässen die Verbraucherpreisentwicklung. Das Verbraucherpreisniveau fiel um 0,6 Prozent. Mit Auslaufen der Regelung Anfang 2021 wurde dieser Effekt wieder korrigiert.

Seit Anfang 2021 stieg die Inflationsrate kräftig an. Zum einen aufgrund von Sondereffekten wie der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und die Einführung der CO2-Bepreisung ab Januar 2021. Zum anderen aufgrund der anziehenden Konjunktur, die zusammen mit Störungen in den Lieferketten zu Angebotsknappheiten und in Folge zu höheren Preisen führten. Insbesondere wegen des Angriffskriegs Russlands und den anschließenden Sanktionen, was das Energieangebot auf dem europäischen Erdgasmarkt verknappte. Drastische Preissteigerungen gab es vor allem für Energieprodukte (Heizöl, Kraftstoffe, Erdgas), aber auch für Lebensmittel. So veränderten sich die Verbraucherpreise von minus 0,2 Prozent Ende 2020 auf das Rekordniveau von beinahe plus neun Prozent (plus 8,8 Prozent) im Oktober und November 2022. Die im Herbst 2022 eingeführten Energiepreiskontrollen der Bundesregierung entlasteten die Verbraucherinnen und Verbraucher und bremsten die Preisentwicklung. Die hohen Inflationsraten minderten darüber hinaus die Realeinkommen und belasteten den privaten Konsum und damit die konjunkturelle Entwicklung, was zusätzlich den Preisauftrieb bremste. Die Inflationsrate sank im Jahresverlauf 2023 von 8,7 Prozent im Januar auf plus 3,7 Prozent im Dezember 2023. Im April 2024 lag sie mit plus 2,2 Prozent nur noch knapp über der Zielinflatonsrate von zwei Prozent.

Doch auch die Kerninflatonsrate, bei der die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und Energie herausgerechnet werden, stieg von 0,4 Prozent Ende 2020 auf 5,8 Prozent in den Monaten März, April und Juni 2023 spürbar an. Dafür verantwortlich waren Knappheiten und der Anstieg der Energiekosten auf den vorgelagerten Wertschöpfungsstufen. Anschließend bremsten die sinkenden Energiepreise und die konjunkturelle Abschwächung auch die Kerninflatonsrate. Sie sank im April 2024 auf plus drei Prozent.

Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: April 2024



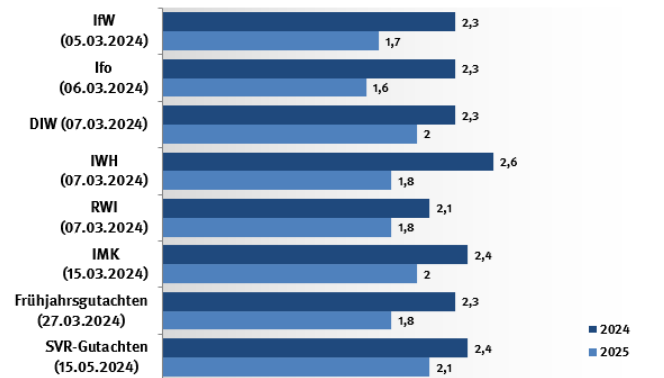
Quelle: Statistisches Bundesamt, ab 2021: Basisjahr 2020, 29.04.2024
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die Frühjahrsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für die Verbraucherpreise 2024 liegen dicht beieinander. Die Spanne beträgt plus 2,1 bis plus 2,6 Prozent. Für 2025 erwarten die Institute plus 1,6 bis plus 2,0 Prozent. Die Prognose des Sachverständigenrat vom Mai 2024 bestätigte grundsätzlich die Erwartungen der März-Prognosen. Für 2024 werden plus 2,4 Prozent und für 2025 plus 2,1 Prozent erwartet. Die Gemeinschaftsdiagnose prognostizierte bereits Ende März für 2024 einen Preisanstieg um plus 2,3 Prozent und für 2025 plus 1,8 Prozent.

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2024 und 2025

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 3,1 Prozent*
2022: + 6,9 Prozent*
2023: + 5,9 Prozent*



Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Mit den Verbraucherpreisprognosen für 2024 und 2025 erwarten die Institute, dass sich der Preisanstieg auf der Höhe der Zielinflatonsrate der EZB von zwei Prozent einspielen wird. Auch die Europäische Zentralbank hält dies für 2025 für realistisch. Sie erwartet für den 'Harmonisierten Verbraucherpreisindex' im Euroraum für das Jahr 2025 plus 2,1 Prozent. Sie dürfte im Juni 2024 langsam die Leitzinsen senken und den restriktiven Kurs der Geldpolitik verlassen, um ein 'Übersteuern' zu verhindern.

3.2 Produktivitätsschwäche setzt sich fort

Neben der Inflationsrate zur Sicherung des Realeinkommens ist die Produktivitätsentwicklung in den Tarifver-



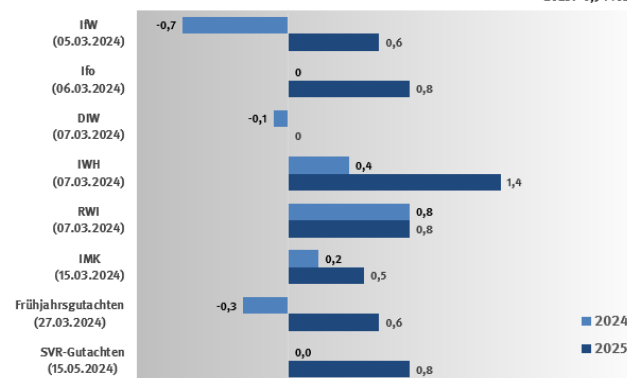
handlungen die Forderungskomponente, die den Anspruch der Beschäftigten auf ihren Beitrag zur Wohlstandsmeh- rung begründet. Die Arbeitsproduktivität ist ein Leistungs- maß, das die Wertschöpfung (Bruttowertschöpfung bzw. die reale Produktion ohne Vorleistungen) je Arbeitsstunde misst. Sie verändert sich in längeren Zeiträumen durch umgestaltete Produktionsabläufe und organisatorische Anpassungen (Pro- zessinnovation) und/oder damit verbundener Arbeitsverdich- tung sowie den Einsatz moderner Produktionsmittel (Produkt- innovation) bzw. durch den allgemeinen technologischen Fort- schritt (Wissen). Aber auch der Strukturwandel und gesell- schaftliche Veränderungen wie zum Beispiel der demografi- sche Wandel haben hierauf einen Einfluss. Kurzfristig führen Konjunkturschwankungen bzw. Veränderungen der Kapazitäts- auslastung und der Arbeitsintensität zu Schwankungen der Ausbringungsmenge und folglich – bei unverändertem oder weniger starken Veränderungen des Arbeitsstundeneinsatzes – auch der Produktivität.

Für das laufende Jahr 2024 erwarten die Institute einen Produktivitätsrückgang bzw. –zuwachs von minus 0,7 bis plus 0,8 Prozent. Im Frühjahrsgutachten 2024 einigten sich die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf einen erwarteten Rückgang der Produktivität um minus 0,3 Prozent. Der Produktivitätsprognose liegt die Erwartung zugrunde, dass das Arbeitsvolumen um 0,5 Prozent zulegen wird, während gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt um 0,1 Prozent schrumpft. Die konjunkturelle Schwäche geht folglich mit einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten einher. Für 2025 prognostizieren die Institute, dass die Produktivität um plus Null bis plus 1,4 Prozent steigen wird. Der in der Gemein- schaftsdiagnose erwartete Anstieg des BIP im Jahr 2025 um 1,4 Prozent geht mit einem Plus des Arbeitsvolumens um 0,8 Pro- zent einher. Daraus ergibt sich ein leichter Produktivitätszu- wachs für 2025 um 0,6 Prozent. Der Sachverständigenrat liegt mit seiner Mai-Prognose etwa im Mittelfeld der Frühjahrspro- jektionen (2024: 0,0 Prozent, 2025: plus 0,8 Prozent).

Prognosen der Produktivitätsentwicklung 2024 und 2025*

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 0,6 Prozent
2022: +0,5 Prozent
2023: -0,9 Prozent



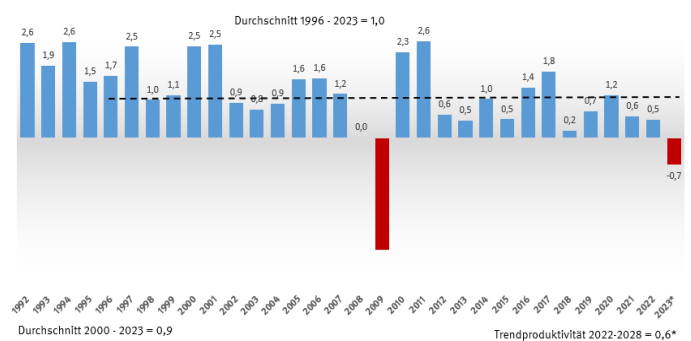
*Produktivität je Erwerbstätigenstunde
Quelle: Destatis, Prognosen der Institute

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die Produktivitätszuwächse zeigen in den Industrieländern schon seit Jahrzehnten einen fallenden Trend und waren prägend für intensive Debatten über die Ursachen (siehe auch Wirtschaftspolitische Information Nr. 2 | 2017 und Nr. 1 | 2018). Es gibt, und das ist für viele nur schwer zu akzeptieren, nicht die eine Erklärung für dieses Phänomen, sondern eine Vielzahl an technologischen, strukturellen, aber auch demogra- fischen Faktoren, die hierauf einwirken. Die Verlangsamung der letzten Jahre ist maßgeblich auf eine konjunkturelle Abkühlung zurückzuführen, die schon im Verlauf des Jahres 2018 aufgrund der Handelskonflikte sowie den Unsicherheiten um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäi- schen Union verbundenen schwächeren Exportentwicklung so- wie Sondereffekten (WLTP-Problematik) ihren Anfang nahm. Diese Entwicklung wurde mit Ausbruch der Corona-Krise im Frühjahr 2020 noch verschärft. Bis in die zweite Jahres- hälfte 2019 hinein setzte sich der Beschäftigungsaufbau noch weiter fort, da die Unternehmen für den absehbaren strukturel- len Wandel mit qualifizierten Fachkräften gerüstet sein wollten. Die schwächere Wirtschaftsleistung und der gleichzeitige Be- schäftigungsaufbau bremsen die Produktivitätsdynamik im Jahr 2019. Aufgrund vielfältiger Maßnahmen zur Beschäfti- gungssicherung in der Krise vollzog sich die Anpassung der Beschäftigung in den letzten Jahren nur sehr langsam. Die Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung verhinder- te zwar bei einem schwachen Wachstum einen Produktivitäts- rückgang. Im Ergebnis führte dies aber auch nur zu sehr gerin- gen Produktivitätszuwächsen. Das gilt auch für die Strategie, dem drohenden Fachkräftemangel infolge des demografischen Wandels damit zu begegnen, dass qualifizierte Beschäftigte in konjunkturelle Schwächephasen gehalten werden.

Folgt man der Vorgehensweise für die Schätzung des Produkti- onspotenzials der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Frühjahrsgutachten 2024) und legt den Stützzeitraum für die Schätzung der Produktivität abweichend von der bisher gängi- gen EU-Methode (ab 1980) auf den – verkürzten – neuen Zeit- raum 1996 bis 2023, so ergibt sich daraus für die jahres- durchschnittliche Veränderung der Arbeitsproduktivität ein Wert von 1,0 Prozent. Im Gemeinschaftsgutachten wird für die Jahre (2022 bis 2028) eine Trendproduktivität von jähr- lich plus 0,6 Prozent angenommen.

Gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung* / Trendproduktivität



Durchschnitt 2000 - 2023 = 0,9
Durchschnitt 2005 - 2023 = 0,8

Quelle: Destatis, *Frühjahrsgutachten, 27.03.2024
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

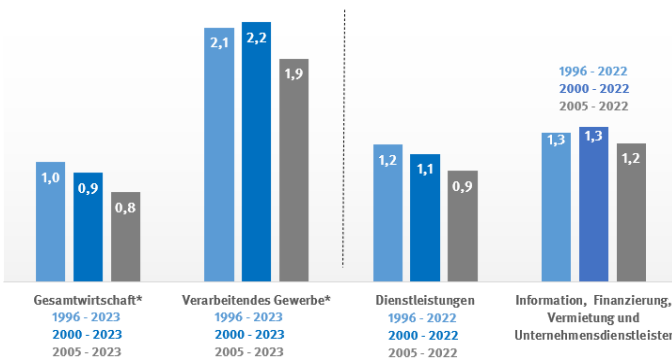
Trendproduktivität 2022-2028 = 0,6*



Der fallende Trend der Produktivitätszuwächse zeigt sich nicht nur auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor lässt sich die langsamere Gangart feststellen. Allerdings bestehen große Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistern. Während der lang- und mittelfristige Trend in der Industrie stabil über zwei Prozent lag und erst im Zeitraum 2005 bis 2023 auf plus 1,9 Prozent fiel, entwickelte sich der Dienstleistungssektor schon seit längerem auf einem viel niedrigeren Wachstumspfad: Im Zeitraum 2005 bis 2022 betrug das durchschnittliche jährliche Produktivitätswachstum bei den Dienstleistungen nur noch 0,9 Prozent.

Produktivitätsentwicklung im Zeitraum 1996 bis 2022/23

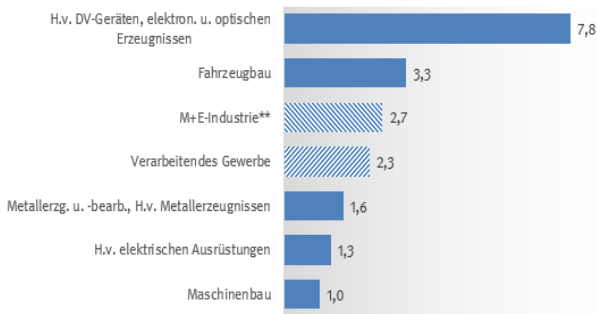
Durchschnittliche jährliche Änderungsraten, Bruttowertschöpfung der Branche je geleisteter Erwerbstätigenstunde



Quelle: Destatis, 27. März 2024, WZ 2008 (Ergebnisse der VGR Revision 2019)
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Produktivität je Erwerbstätigenstunde

Trend 1996 bis 2021, Jahresdurchschnittliche Veränderung*



*Näherungsrechnung: Veränderung BWS minus Veränderung Erwerbstätigenstunden, **gewichteter M+E-Durchschnitt: 2,7 % (Basisjahr 2021 = 100, WZ 24 incl. Stahl)
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Für die Metall- und Elektroindustrie lässt sich aufgrund von statistischen Erfassungsproblemen die Produktivitätsentwicklung auf Basis der Bruttowertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde nicht in der erforderlichen Branchenabgrenzung und gewichteten Aggregation und auch nicht bis zum aktuellen Rand berechnen. Ein Blick in die M+E-Branchen zeigt für den Zeitraum 1996 bis 2021, der den Stützzeitraum für die Berechnung der Trendproduktivität durch die Gemeinschaftsdiagnose beinahe abdeckt, eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung je geleisteter Erwerbstätigenstunde wies die Herstellung von DV-Geräten,

Elektronik und Optik mit jahresdurchschnittlichen Änderungsraten von 7,8 Prozent eine im Vergleich zum (gewichteten) M+E-Zweisteller-Durchschnitt (Trend 1996–2021: plus 2,7 Prozent) überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung auf.

Auch der Fahrzeugbau (Herstellung von Kraftfahrzeugen- und -teilen plus sonstiger Fahrzeugbau) trug mit plus 3,3 Prozent überdurchschnittlich zur Produktivitätsentwicklung bei. Ein schwacher langjähriger Trend errechnet sich bei der Metallherzeugung und der Herstellung von Metallerzeugnissen (plus 1,6 Prozent), bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (plus 1,3 Prozent) und im Maschinenbau (plus 1,0 Prozent).

Um den Unterschieden im Tarifverbund der Metall- und Elektroindustrie Rechnung zu tragen, ist ein 'mittlerer' Produktivitätspfad als Orientierung für die Entgeltforderung im Rahmen der Tarifrunde geeignet. Um außerdem eine zunehmende Spreizung der Lohnentwicklung zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor zu verhindern, empfiehlt es sich, die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung zugrunde zu legen. Dabei kommen nicht die Prognosewerte auf die kurze Sicht für das kommende Jahr in Frage, weil diese sehr stark von – vorübergehenden – Sonderfaktoren und zyklischen Schwankungen beeinflusst sind, die zu erheblichen Prognosefehlern führen können. Würde die Entgeltentwicklung in der Rezession der sinkenden Produktivität folgen, hätte dies zudem eine prozyklische Wirkung. Besser geeignet ist der gesamtwirtschaftliche Produktivitätstrend. Der Trend glättet zyklische Schwankungen und Sonderentwicklungen und trägt zur Stabilisierung bei.

Dieselben Gründe sprechen für eine Beachtung der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) und gegen die prognostizierte Verbraucherpreisentwicklung. Auch hier hätte eine Orientierung der Entgeltforderung an der jeweils prognostizierten Inflationsrate prozyklische Wirkung, was insbesondere in Rezessionsphasen problematisch ist: Würden die Entgelte in einer Rezession mit nachlassender Preisdynamik oder sogar sinkendem Preisniveau reduziert, ginge der positive Reallohneffekt der schwächeren Inflationsdynamik verloren. Der Konsum würde geschwächt und der Abschwung verschärft.

Folglich empfiehlt es sich, bei den Überlegungen zu den Entgeltforderungen in einer Tarifrunde nicht nur die gesamtwirtschaftliche Trendarbeitsproduktivität, sondern auch die Zielinflationsrate der EZB in den Blick zu nehmen. Perspektivisch stellt diese Zielmarge mittel- bis langfristig den verteilungsneutralen Spielraum dar.

Andererseits muss jedoch bei Inflationsprognosen, die über die Zielinflationsrate hinausgehen, vor dem Hintergrund der Rendite-Entwicklung der Unternehmen der mögliche Verteilungseffekt sowie mit Blick auf die Konjunkturlage der drohende Kaufkraftverlust und dessen Wirkung auf den Konsum beachtet werden.

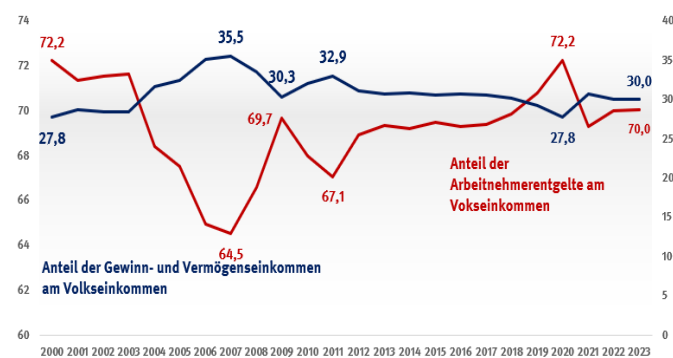


3.3 Verteilung

Die Arbeitnehmerentgelte haben sich nach Überwindung der Finanzkrise 2008/2009 aufgrund des lang anhaltenden Aufschwungs und der guten Beschäftigungslage sehr dynamisch entwickelt. So konnte die Lohnquote (Anteil der Summe der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) im Jahr 2019 mit knapp 72,2 Prozent wieder den Ausgangswert aus dem Jahr 2000 erreichen. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen ist entsprechend gesunken und fiel mit 27,8 Prozent auf sein Ausgangsniveau im Jahr 2000 zurück. In dieser gesamten Zeitspanne lag der Anteil der Arbeitnehmerentgelte durchweg auf niedrigerem Niveau. Im Jahr 2007 — kurz vor Ausbruch der Finanzkrise — mussten sich die Beschäftigten aufgrund der stark steigenden Gewinne in der Boomphase mit einem niedrigen Wert von 64,5 Prozent begnügen, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen mit 35,5 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren einen sehr hohen Anteil verbuchen konnten.

Die Arbeitnehmereinkommen konnten mit der Renditeentwicklung Anfang der 2000er Jahre nicht mithalten. Aufgrund der beschäftigungssichernden Maßnahmen in der Corona-Krise im Jahr 2020 stieg die Lohnquote auf 73,3 weiter an, während der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen auf 26,7 Prozent fiel. Im Jahr 2021 erfolgte im Zuge der Erholung eine deutliche Korrektur mit steigenden Margen und Gewinnen. Die Lohnquote fiel auf 71,1 Prozent zurück. Im Gegenzug stieg der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen an, so dass das Ausgangsniveau des Jahres 2000 beinahe wieder erreicht wurde. In den Jahren 2022 und 2023 sank die Quote der Gewinn- und Vermögenseinkommen leicht auf 30 Prozent, während die Lohnquote nur geringfügig auf 70 Prozent anstieg und damit 2,2 Prozent unter dem Ausgangsniveau aus dem Jahr 2000 verharrte.

Lohnquote und Quote der Gewinn- und Vermögenseinkommen
in Prozent vom Volkseinkommen



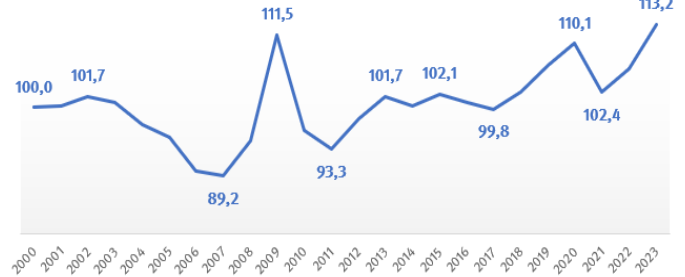
Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR des Bundes, erste Jahresergebnisse 25.01.2024, eigene Berechnungen
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die abnehmende, und in den letzten Jahren wieder leicht zunehmende, Lohnquote spiegelt auch den Verlauf der realen Lohnstückkosten des Verarbeitenden Gewerbes, an deren Wertschöpfung die M+E-Industrie einen hohen Anteil von etwa 63,5 Prozent hat. Zu Beginn bis Mitte der 2000er

Jahre – mit hoher Arbeitslosigkeit, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und auch hohem Verlagerungsdruck – waren die Durchsetzungsmöglichkeiten höherer Entgelte begrenzt. Sie verbesserten sich mit einer zunehmend angespannten Arbeitsmarktlage und einer sinkenden Arbeitslosenquote in der aktuellen Dekade.

In dem Umfang wie es gelingt, Entgeltzuwächse durchzusetzen, die den verteilungsneutralen Spielraum (Produktivitätszuwachs plus Preissteigerung) übertreffen, steigen die Lohnstückkosten und belasten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Tarifabschlüsse der Jahre nach der Finanzkrise haben zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in der Verarbeitenden Industrie in Deutschland reduziert, allerdings erreichten die Lohnstückkosten erstmals wieder (mit Ausnahme des Krisenjahres 2009) im Jahr 2013 ihr Ausgangsniveau des Jahres 2000, blieben bis etwa 2017/18 stabil, um dann 2018/19 und aufgrund der Stabilisierung der Beschäftigung bei geringerer Produktion im Corona-Krisenjahr 2020 deutlich anzusteigen. Die anschließende leichte Erholung lies die Lohnstückkosten wieder auf ein Niveau knapp über dem Jahr 2000 fallen. **In den Jahren 2022 und 2023 stiegen die realen Lohnstückkosten aufgrund der konjunkturellen Abschwächung nach Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine bei gleichzeitiger Stabilisierung der Beschäftigung und der Einkommen insbesondere durch die im Jahr 2023 ausgezahlte Inflationsausgleichprämie erneut an.**

Reale Lohnstückkosten* im Verarbeitenden Gewerbe**
Index 2000 = 100



* Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität bzw. Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je geleisteter Erwerbstätigenstunde; geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
** Wertschöpfungsanteil der M+E-Industrie am Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2021 etwa 63,7 Prozent (WZ-Zweisteller, WZ 24 incl. Stahl)

Quelle: Destatis, Erste Jahresergebnisse, FS 18, Reihe 1.1, Januar 2024, eigene Berechnungen
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

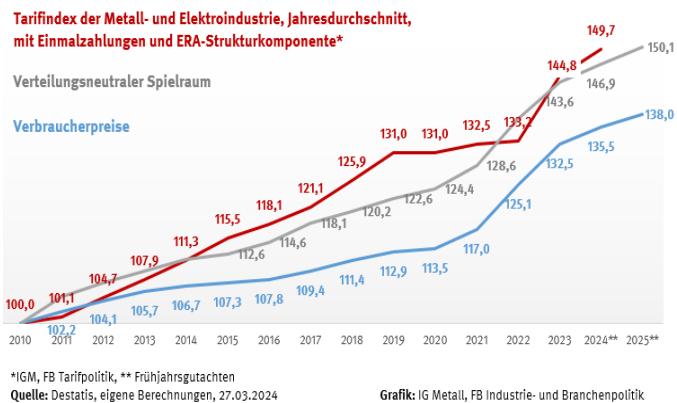
Die M+E-Industrie blickt auf eine sehr erfolgreiche Tarifentwicklung in den letzten 13 Jahren zurück. Seit dem Jahr 2010 werden die M+E-Tarifentgelte bis Ende 2024 um knapp 50 Prozent (49,7 Prozent) gestiegen sein und übertreffen damit den Zuwachs des verteilungsneutralen Spielraums – gemessen an der Arbeitsproduktivitätsentwicklung und der Verbraucherpreisinflation – im Jahr 2024 um 2,8 Prozentpunkte (gemäß Prognose des Gemeinschaftsgutachtens, Frühjahr 2024).

Allerdings haben die Krisenjahre ihre Spuren hinterlassen. Die Null-Runde im Corona-Krisenjahr 2020 hat dazu ge-



führt, dass die Tarifentwicklung stagnierte. In den Jahren 2020 bis 2022 konnte der verteilungsneutrale Spielraum bei den Tarifabschlüssen nicht ausgeschöpft werden. Mit dem Abschluss im Jahr 2022 und der darin verhandelten Inflationsausgleichsprämie, die in zwei Tranchen mit 1.500 Euro jeweils im März 2023 und 2024 ausbezahlt wurde, gelang es erstmals wieder in diesen Jahren den verteilungsneutralen Spielraum zu übertreffen. Die ebenfalls verhandelten tabellenwirksamen Erhöhungen um plus 5,2 (ab Juni 2023) und plus 3,3 Prozent (ab Mai 2024) stabilisieren die Entgeltentwicklung dauerhaft.

Verteilungsneutraler Spielraum, Verbraucherpreise und Tarifindex der M+E-Industrie*
Index 2010 = 100

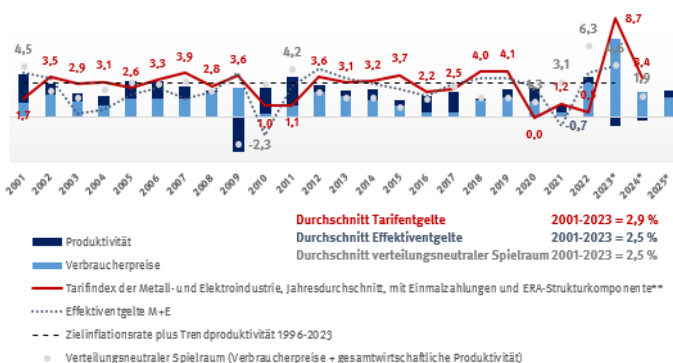


*IGM, FB Tarifpolitik, ** Frühjahrsgutachten
Quelle: Destatis, eigene Berechnungen, 27.03.2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Damit trug die Tarifpolitik in der M+E-Industrie im Zeitraum 2000 bis 2024 auch zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei. Im Zeitraum 2001 bis 2024 konnten durchschnittliche jährliche Entgeltzuwächse um 2,9 Prozent erzielt werden. Die Zuwächse erreichten annähernd die für eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung hilfreiche Marge von Trendproduktivität (1,0 Prozent) plus Zielinflationsrate (vor Sommer 2021: „unter aber nahe zwei Prozent“, seit Sommer 2021: „zwei Prozent“) im Umfang von drei Prozent.

M+E-Tarifentwicklung, Produktivität und Verbraucherpreisentwicklung
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Destatis, ** IGM, FB Tarifpolitik, *Frühjahrsgutachten 2024, 27.03.2024
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Besonders hohe Abschlüsse konnten – wenig überraschend – in den konjunkturrell guten Jahren vor der Finanzkrise, nach der raschen Überwindung der Krise und vor allem in den Jahren

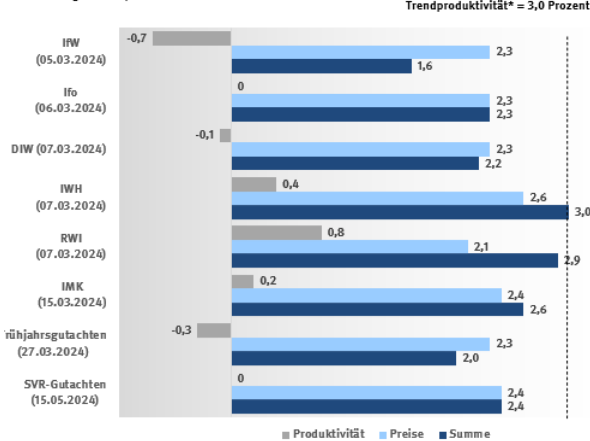
2018 und 2019 erzielt werden. Hier übertraf die Tarifentwicklung um etwa ein Prozent die Zielmarge von Zielinflationsrate plus Trendproduktivität und verbesserte das Ergebnis über den gesamten Zeitraum deutlich.

Die Effektiventgelte legten im Zeitraum 2001 bis 2021 nur um durchschnittlich 2,5 Prozent zu. Besonders schwach war die Entwicklung in den ersten fünf Jahren der 2000er Jahre, als die hohe Arbeitslosigkeit, die Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie der Verlagerungsdruck auf den Entgelten lastete.

Das aktuelle Frühjahrsgutachten der Institute prognostiziert für den verteilungsneutralen Spielraum im Jahr 2024 ein Plus von 2,0 Prozent. Die Prognosen der Institute streuen zwischen plus 1,6 (IfW) und plus 3,0 Prozent (IWH). Die Frühjahrsdiagnose erwartet für das Jahr 2024 einen verteilungsneutralen Spielraum von zwei Prozent (Produktivität: minus 0,3 Prozent, Verbraucherpreise: plus 2,3 Prozent).

Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute liegen mit ihrer Frühjahrsprognose für den verteilungsneutralen Spielraum für 2024 einen Prozentpunkt unter der Marge von Zielinflationsrate plus Trendproduktivität in Höhe von 3,0 Prozent, die für eine stabilisierende gesamtwirtschaftliche Entgeltentwicklung hilfreich wäre. Die aktuelle Erwartung des Sachverständigenrats, veröffentlicht am 15. Mai 2024, geht für 2024 von einem verteilungsneutralen Spielraum von plus 2,4 Prozent aus (Produktivität: +/- 0,0 Prozent / Verbraucherpreise: plus 2,4 Prozent) und rückt damit etwas näher an die stabilisierende Marge von 3,0 Prozent heran.

Produktivitäts- und Verbraucherpreisprognosen 2024
Veränderung zum Vorjahr, in Prozent



*Jahresdurchschnittliche Änderung der Arbeitsproduktivität je Erwerbsstättenstunde im Zeitraum 1996 bis 2023 plus 1,0 Prozent. Projektion der Institute Frühjahrsgutachten 2024 für den Zeitraum 2025-2026 = 0,8 Prozent, Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank: „zwei Prozent“

Quelle: Prognosen der Institute Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für 2025. Der verteilungsneutrale Spielraum für 2023 liegt entsprechend den Frühjahrsprognosen der Institute in einer Spanne zwischen 2,0 und 2,6 Prozent. **In ihrem Gemeinschaftsgutachten erwarten die Institute ein Plus von 2,4 Prozent.** Damit liegt der Spielraum gemäß Gemeinschaftsdiagnose für das kommende Jahr 1,4 Prozentpunkte über dem Wert für 2023. Der größere Spielraum er-

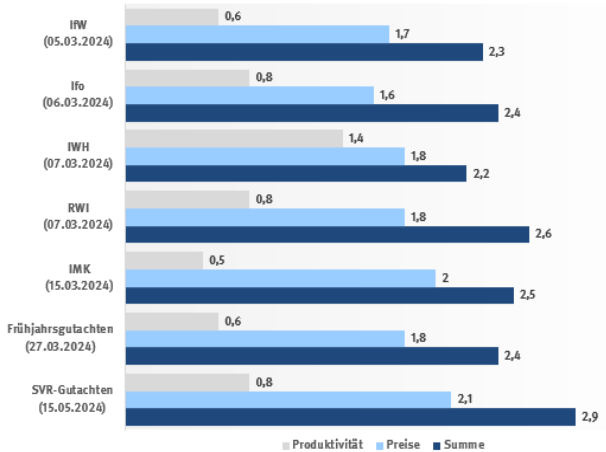


gibt sich aus der nachlassenden Preisdynamik (plus 1,8 Prozent), während die Produktivität aufgrund des zunehmenden Auslastungsgrades kräftiger zulegen wird (plus 0,6 Prozent). **Das Gutachten des Sachverständigenrats reicht mit seiner Prognose für 2025 mit plus 2,9 Prozent einen halben Prozentpunkt höher, weil sowohl das Plus der Produktivität (plus 0,8 Prozent) als auch der Verbraucherpreise (plus 2,1 Prozent) etwas über den März-Prognosen liegt.**

Produktivitäts- und Verbraucherpreisprognosen 2025

Veränderung zum Vorjahr, in Prozent

Zielinflationsrate +
Trendproduktivität* = 3,0 Prozent



* Jahresdurchschnittliche Änderung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde im Zeitraum 1996 bis 2023 plus 1,0 Prozent, Projektion der Institute im Frühjahrsgutachten 2024 für den Zeitraum 2023-2028 = 0,8 Prozent, Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank: "zwei Prozent"

Quelle: Prognosen der Institute

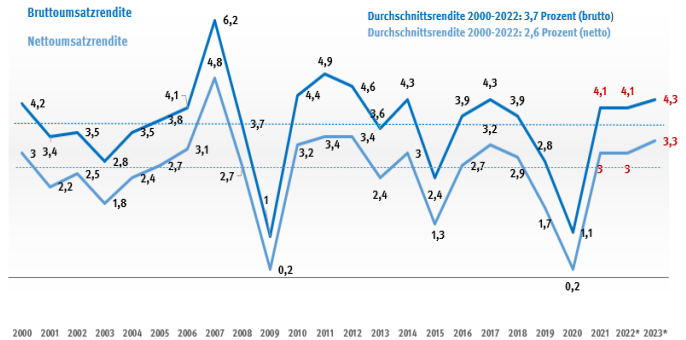
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Aufgrund der Pandemie-bedingten Rezession im Jahr 2020 wurde eine deutlich verschlechterte Ertragslage der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe erwartet. Im Corona-Jahr 2020 ging die Bruttoumsatzrendite in der Metall- und Elektroindustrie auf 1,1 Prozent zurück. Anschließend stiegen die Renditen aber wieder deutlich an. Für das Jahr 2022 wurde im Dezember 2023 eine deutlich höhere Bruttoumsatzrendite um 4,1 Prozent erwartet, also in etwa derselben Höhe wie im Jahr 2021 realisiert werden konnte. Im Jahr 2023 dürfte – nach Einschätzung von Gesamtmetall auf der Basis von Daten des ifo Instituts – mit einer Bruttoumsatzrendite um 4,3 Prozent der langjährige Durchschnitt von 3,7 Prozent merklich übertroffen worden sein.

Momentan liegen von Gesamtmetall nur Rendite-Daten für das Jahr 2021 und Prognosen für die Jahre 2022 und 2023 vor. Die Statistik der Bundesbank zu ihren regelmäßigen Erhebungen der Unternehmensabschlüsse reichen nicht bis an den aktuellen Rand. Viele börsennotierte Konzerne vermeldeten für das Jahr 2022 etwas verbesserte Erträge als noch im Jahr zuvor und auch im Corona-Krisenjahr 2020. Im Durchschnitt über etwas mehr als 50 M+E-Konzerne konnte im Jahr 2022 eine umsatzgewichtete Bruttorendite (vor Steuern) von 9,6 Prozent erzielt werden. Die umsatzgewichtete Nettorendite kam immerhin noch auf beachtliche 7,1 Prozent. Damit verbesserten diese börsennotierten M+E-Unternehmen ihr Vorjahresergebnis etwas.

Umsatzrendite Metall- und Elektroindustrie

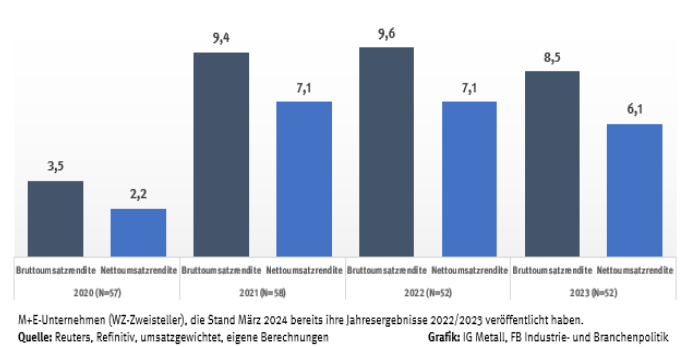
in Prozent vom Umsatz



Quelle: Gesamtmetall auf Basis von Daten des ifo Instituts (Umfragen vom Mai des Folgejahres, 2023: September 2023, größengewichtete Auswertungen), Deutsche Bundesbank (bis 2020); * Schätzung von Gesamtmetall auf Basis der ifo-Umfrage
Stand: 20. Dezember 2023
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Brutto- und Nettoreumsatzrendite börsennotierter M+E-Unternehmen*

in Prozent vom Umsatz (umsatzgewichtet)



M+E-Unternehmen (WZ-Zweisteller), die Stand März 2024 bereits ihre Jahresergebnisse 2022/2023 veröffentlicht haben.
Quelle: Reuters, Refinitiv, umsatzgewichtet, eigene Berechnungen
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

2021 konnte eine Bruttorendite von 9,4 und eine Nettorendite von 7,1 Prozent erzielt werden. Das Ergebnis im Jahr 2022 überragte sehr deutlich das Corona-Krisenjahr, als brutto eine Rendite von 3,5 und netto von 2,2 Prozent erzielt wurden. **Im Jahr 2023 erzielten diese Unternehmen umsatzgewichtet eine durchschnittliche Bruttoumsatzrendite von immer noch beachtlichen 8,5 Prozent und eine Nettoreumsatzrendite von 6,1 Prozent.**

Zu beachten ist: In die Konzernbilanzen fließen die Ergebnisse nicht nur der deutschen, sondern auch aller ausländischen Standorte ein, so dass die Konzernergebnisse keine Rückschlüsse auf die Ertragslage der Betriebe in Deutschland zulassen. Allerdings dürfte davon auszugehen sein, dass in den die beachtlichen Renditen der börsennotierten Unternehmen im Jahr 2023 eine Stabilisierung abzeichnet, die auch auf eine entsprechende Ertragslage bei den nicht-börsennotierten Unternehmen und deren Standorte in Deutschland schließen lässt. Darauf deutet auch die Seitwärtsentwicklung der Unternehmens- und Gewinneinkommen und die Stabilisierung der Gewinn- und Vermögenseinkommensquote, wie sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet wird, hin.

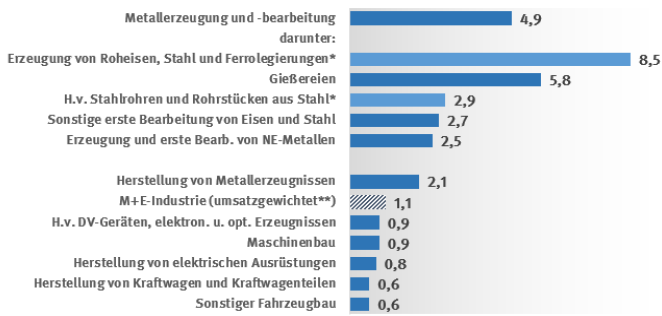
Die durchschnittliche Ertragslage der Unternehmen in Deutschland und in der Industrie glättet die Entwicklung in den Branchen. Diese können sich sehr unterschiedlich ent-



wickelt. So spielten seit 2021 insbesondere die Energiekosten eine entscheidende Rolle bei der Frage, welche Erträge gerade in den energieintensiven Branchen realisierbar waren. Diese sind davon mehr betroffen als andere. Unter den Branchen der Metall- und Elektroindustrie ist vor allem die Produktion in den Metallbranchen sehr energieintensiv. Nach der Grundstoffindustrie, Ernährung und Papier stehen an vierter Stelle die Metallherzeugung und an siebter Stelle die Herstellung von Metall-erzeugnissen vor allem bei der Erdgasabhängigkeit.

Entsprechend der Kostenstrukturhebung betrug im Jahr 2020 der Anteil der Energiekosten am Bruttoproduktionswert in der Metallherzeugung und -bearbeitung knapp fünf Prozent. Darunter haben die Gießereien mit 5,8 Prozent den höchsten Energiekostenanteil. Bei den beschäftigungsstärksten Branchen Maschinenbau (0,9 Prozent) und Herstellung von Kraftwagen und -teilen (0,6 Prozent) schlagen die Energiekosten dagegen kaum zu Buch. Insgesamt kommt der Anteil des Energieverbrauchs am Bruttoproduktionswert (umsatzgewichtet, Basiswerte 2021 = 100) in der M+E-Industrie auf etwa ein Prozent.

Kostenstruktur in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie
Anteil des Energieverbrauchs am Bruttoproduktionswert, in Prozent



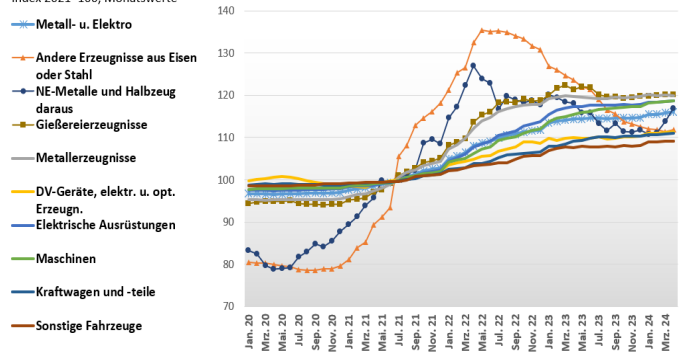
*Stahlindustrie, gehört nicht zur Metall- und Elektroindustrie, ** Basisjahr 2021
Quelle: Destatis, Kostenstrukturhebung 2020, eigene Berechnungen
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Bleiben die Unternehmen auf den höheren Kosten sitzen, schmälern sie den Gewinn. Die Erzeugerpreise der M+E-Branchen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Es lässt sich zeigen, dass zwar die Metallherzeugung und die Herstellung von Metallherzeugnissen von hohen Energiekosten betroffen sind, aber diese auch in der Lage waren, sie zumindest teilweise an ihre Kunden weiterzugeben.

Das gilt sowohl für die Erzeuger- als auch für die Ausführpreise. Inzwischen sind die Energiepreise auf den Spot- und Terminmärkten sowie die Preise, die sowohl Haushalte als auch Industrieunternehmen an die Energieerzeuger bezahlen müssen, etwas gefallen, befinden sich aber immer noch über dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019. Die Erzeuger- und Ausführpreise haben zwar teilweise etwas nachgegeben, liegen aber noch deutlich über den Preisen des Jahres 2020. So lagen die Erzeugerpreise bei den Gießereien seit Mitte 2023 stabil 25 Prozentpunkte über den Preisen im Jahr 2020. Bei den Ausführpreisen beträgt der Unterschied etwa 40 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2020.

Wie sich diese Entwicklung auf die jeweilige betriebliche Ertragslage ausgewirkt hat, lässt sich nicht über alle M+E-Unternehmen bewerten, da dies im Wesentlichen davon abhängt, auf welcher Vertragsgrundlage die Unternehmen sich mit Energie versorgen. Grundsätzlich dürfte sich die Lage etwas entspannt haben, wenn keine langfristigen Verträge in der Hochpreisphase 2022 abgeschlossen wurden und der gesamte derzeitige Energiebedarf zu diesen Preisen gedeckt werden muss. Zudem haben die Energiepreislösungen in der Hochpreisphase entlastet. Dennoch dürften die Energiekosten noch über dem Ausgangsniveau des Jahres 2020 liegen und zusammen mit den Investitionsbedarfen in die Transformation insbesondere für die energieintensiven Branchen herausfordernd sein.

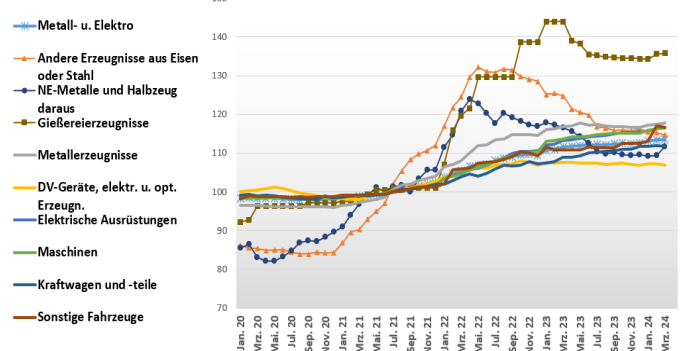
Entwicklung der Erzeugerpreise in der Metall- und Elektroindustrie
Index 2021=100, Monatswerte



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Entwicklung der Ausführpreise in der Metall- und Elektroindustrie
Index 2021=100, Monatswerte



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Fazit

Die globale Ökonomie hat die Phase hoher Wachstumsraten hinter sich gelassen. Mit knapp über drei Prozent liegen die Zuwächse seit 2022 und auch die Prognosen deutlich unter dem Durchschnitt der Jahre vor Ausbruch der Corona-Pandemie (Prognose 2024 und 2025: plus 3,2 Prozent). Gerissene Lieferketten, geopolitische Spannungen zwischen den USA und China und der Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine sowie dramatisch steigende Energie- und Verbraucherpreise belasteten die Entwicklung. Die restriktive Geldpolitik vieler Notenbanken bremste die Nachfrage, was zwar die Preisdynamik verringerte aber gleichzeitig die Rezessionsgefahr deutlich erhöhte.



Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit dem Jahreswechsel 2021/22, als die Inflationsraten spürbar zulegten, in der Seitwärtsbewegung. Zwar steigen die Verbraucherpreise mittlerweile mit geringeren Raten, bremsen jedoch die reale Einkommensentwicklung im Jahr 2023. So war es neben dem Staatsverbrauch und den Bauinvestitionen der Private Konsum, der mit minus 0,4 Prozentpunkten im vergangenen Jahr zu einer leichten Rezession führte (BIP: minus 0,2 Prozent). Die Prognosen für 2024 deuten auf eine Fortsetzung der Stagnation. Das Frühjahrsgutachten stellt ein geringes Plus um 0,2 Prozent in Aussicht. 2025 dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung um 1,4 Prozent wachsen. **Hoffnungsträger der Stabilisierung in diesem und im kommenden Jahr ist der private Konsum.**

Die Metall- und Elektroindustrie konnte eine gute Jahresbilanz 2023 vorlegen. Allerdings täuschen die Zahlen über die sich im Jahresverlauf eintrübende Wirtschaftslage hinweg. Nur aufgrund eines hohen Ausgangsniveaus zum Jahresanfang 2023 ergaben sich im Jahresrückblick Zuwächse bei Umsatz, Produktion, Produktivität und Arbeitsvolumen. Die Bilanz des ersten Quartals 2024 fällt deutlich schlechter aus: Der Umsatz (minus 6,4 Prozent), die Produktion (minus 9,4 Prozent) und die Produktivität (minus 6,4 Prozent) sanken gegenüber dem ersten Quartal 2023 deutlich. Vor allem die Automobilindustrie trug zu der schwachen Produktionsentwicklung bei: Im ersten Quartal 2024 produzierte die Branche etwa 12 Prozent unter Vorkrisenniveau und 23,4 Prozent unter dem Rekordwert des zweiten Quartals 2018. Die Stimmungsindikatoren deuten trotz einer leichten Aufhellung für die nächsten Monate eher auf einen weiteren Produktions-, Export- und Beschäftigungsrückgang.

Neben der Konjunktur ist in der Tarifrunde der verteilungsneutrale Spielraum bedeutend. Er bewegt sich entsprechend der aktuellen Prognosen für das Jahr **2024** in der Spanne zwischen 1,6 und 3,0 Prozent. In der Frühjahrsdiagnose einigten sich die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf **2,0 Prozent** (Verbraucherpreise: plus 2,3 Prozent, Produktivität: minus 0,3 Prozent). Die Prognose des Sachverständigenrats (SVR) liegt mit 2,4 Prozent nur wenig darüber. Aufgrund der erwarteten Erholung und der steigenden Kapazitätsauslastung wird die Produktivität entsprechend der Frühjahrsprognosen 2025 etwas höher ausfallen, während die Inflationsrate auf bzw. knapp unter der Zielinflationsrate der EZB landen wird. Die Frühjahrsdiagnose prognostiziert deshalb für **2025** einen verteilungsneutralen Spielraum von **2,4 Prozent** (Verbraucherpreise: plus 1,8 Prozent, Produktivität: plus 0,6 Prozent). Der SVR greift mit knapp plus drei Prozent (2,9 Prozent, Verbraucherpreise: Plus 2,1 Prozent, Produktivität: plus 0,8 Prozent) deutlich höher und trifft damit etwa die für eine stabile gesamtwirtschaftliche Entgeltentwicklung hilfreiche Marge von drei Prozent (Zielinflationsrate: 2,0 Prozent plus Trendproduktivität: 1,0 Prozent).

Die hohen Energiepreise haben nicht nur die realen Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch die Ertragslage der Unternehmen belastet. Gemäß der Einschätzung von

Gesammetall lag die Bruttoumsatzrendite in der M+E-Industrie im Jahr 2023 mit 4,3 Prozent jedoch über dem langjährigen Mittel von 3,7 Prozent. Auch die börsennotierten M+E-Unternehmen haben im Jahr 2023 mit einer Bruttoumsatzrendite von 8,5 Prozent (noch) gut verdient. Die besonders energieintensiven Metallbranchen sahen sich erheblichen Kostenerhöhungen ausgesetzt. Diese konnten zumindest teilweise an die Kunden weitergegeben werden. Grundsätzlich dürfte sich die Lage etwas entspannt haben, sofern keine langfristigen Verträge gerade in der Hochpreisphase abgeschlossen wurden. Auch die Energiepreislagen trugen zur Entlastung bei.

Die Tarifrunde findet im Spannungsfeld zwischen notwendiger Kaufkraftsicherung und schwierigerem wirtschaftlichen Umfeld statt. Angesichts der dennoch guten Renditeentwicklung hat eine angemessene Entgelterhöhung ihre Berechtigung und ist auch wirtschaftlich begründbar.

Impressum

Wirtschaftspolitische Information

Ausgabe Nr. 1 | Juni 2024

Herausgeber:

Jürgen Kerner
Zweiter Vorsitzender der IG Metall
IG Metall Vorstand
D-60519 Frankfurt am Main

Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

Grafiken:

Wilfried Kurtzke, Sandra Naumann, Sarah Schäfer und Beate Scheidt

Bezugsmöglichkeiten

IG Metall Vorstand

VB 02, FB Industrie- und Branchenpolitik

Sarah Schäfer

D-60519 Frankfurt am Main
Telefon: +496966932668

Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: sarah.schaefer@igmetall.de